

### Zur Konstruktion und Perzeption von Sicherheit in Bürgerkriegen: die neuere Entwicklung in Sri Lanka

Weiberg, Mirjam

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weiberg, M. (2006). *Zur Konstruktion und Perzeption von Sicherheit in Bürgerkriegen: die neuere Entwicklung in Sri Lanka*. (HSFK-Report, 5/2006). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-283743>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mirjam Weiberg

# Zur Konstruktion und Perzeption von Sicherheit in Bürgerkriegen

Die neuere Entwicklung in Sri Lanka

HSFK-Report 5/2006



Hessische  
Stiftung  
Friedens- und  
Konfliktforschung

© **Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)**

Adresse der Autorin:  
HSFK · Leimenrode 29 · 60322 Frankfurt am Main  
Telefon: (069) 95 91 04-0 · Fax: (069) 55 84 81  
E-Mail: weiberg@hsfk.de · Internet: <http://www.hsfk.de>

**ISBN: 3-937829-36-9**

**Euro 6,-**

## Zusammenfassung

Ethnische Konflikte sind schwer zu befrieden. Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien sind oft langwierig und kommen nur mühsam voran. Oft ist es genauso schwierig, die Konfliktparteien überhaupt an einen Tisch zu bringen bzw. dort zu halten, wie eine gemeinsame Lösung in den Friedensgesprächen zu finden. Selbst wenn die ersten Gesprächsrunden erfolgreich verlaufen sind, sich die Kontrahenten auf einen Waffenstillstand geeinigt haben, besteht noch immer das Risiko des Scheiterns. Kritische und unsichere Situationen ergeben sich vor allem dann, wenn die Verhandlungen in eine neue (inhaltliche) Phase treten, die Akteure wechseln oder sich das politische Umfeld verändert.

Da sich die Konfliktparteien selten vertrauen, haben Friedensverhandlungen einen großen Bedarf an Sicherheit. Diese Sicherheit betrifft in ethnischen Konflikten vorrangig die Existenz der eigenen Gruppe. Sicherheit muss gewährleistet sein, um die eigene Identität und Integrität zu bewahren. Sicherheit können die Parteien beispielsweise aus dem Verlauf der Verhandlungen, der eigenen Stärke, der Schwäche des Gegners oder aus der Absicherung durch externe Akteure ziehen. Insbesondere militärische Stärke bietet Schutz vor einer möglichen Bedrohung durch den alten Gegner bzw. den jetzigen Verhandlungspartner.

Beispielhaft für einen dieser schwer zu befriedenden ethnischen Konflikte ist der Bürgerkrieg auf Sri Lanka, der bis heute ca. 70.000 Tote und eine Million Vertriebene forderte. Verschiedene Verhandlungsversuche seit den 1980er Jahren scheiterten. Kein Waffenstillstand hielt länger als ein paar Wochen. Erst Anfang 2002 gelang es unter dem neuen Premierminister Wickremasinghe, einen dauerhaften Waffenstillstand zu vereinbaren, der bis heute Gültigkeit besitzt. Abgesichert wurde der Waffenstillstand durch ein internationales unbewaffnetes Beobachtungsteam und die Vermittlung der Gespräche durch Norwegen. Als Beisitzer der Verhandlungen agierten Vertreter der 58 Geberländer Sri Lankas.

Die Friedensverhandlungen brachten zuerst rasche Fortschritte: Die Konfliktparteien, die Regierung der singhalesischen Mehrheitsbevölkerung und die Guerilla der tamilischen Minderheit erkannten sich als legitime Gesprächspartner an, institutionalisierten weitere Gespräche auf Komitee-Ebene und diskutierten eine föderale Neuordnung des Staates. Im April 2003 wurden die Verhandlungen aber von der Guerilla ausgesetzt, als Regierung und internationale Akteure versuchten, sie zur Demilitarisierung zu bewegen. Interne Veränderungen aufseiten der singhalesischen Verhandlungsführer (Wechsel der Regierung) wirkten sich weiterhin negativ auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen aus. Kurz bevor der Tsunami im Dezember 2004 die Ost- und Südküste der Insel verwüstete, drohte der Führer der Rebellen mit der Rückkehr zum Krieg für den Fall, dass die Regierung keine neuen Verhandlungsangebote machen würde. Durch den Tsunami konnte eine neue Eskalation des Konfliktes zunächst noch hinausgezögert werden, da er eine temporäre Kooperation zwischen Rebellen und Regierung bewirkte. Wenige Monate später brachen die Fronten aber wieder auf, weil sich die Parteien nicht über die Verteilung der Hilfsgelder einigen konnten. Regierung und Guerilla betonten zwar weiterhin ihre Gesprächsbereitschaft, kamen aber über die formale Bekräftigung des bestehenden Waffenstillstandsabkommens nicht hinaus. Im Gegenteil, seit Beginn des Jahres (2006) stieg das Gewaltniveau in den Bürgerkriegsgebieten im Nord-Osten massiv an; die Hauptstadt Co-

lombo wurde Schauplatz mehrerer schwerer Attentate auf Militärs und Politiker. Im August kam es schließlich zu bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen im Nord-Osten. Formell wurde das Waffenstillstandsabkommen aber von keiner Partei aufgekündigt. Nachdem die erste Phase der Verhandlungen unter Wickremasinghe recht erfolgreich verlief, drängt sich die Frage auf, wie es zu dieser erneuten Eskalation kommen konnte und welche Handhabe die externen Akteure möglicherweise besitzen, um die Konfliktparteien bei neuen Verhandlungen sinnvoll zu unterstützen.

Die vorliegende Arbeit analysiert die erneute Konflikteskalation seit 2005. Dabei gehe ich davon aus, dass bestimmte Konstruktionen von Sicherheit einen entscheidenden Einfluss auf den Verlauf der Friedensverhandlungen und die Eskalation der Gewalt besitzen. Die spezifischen Konstruktionen von Sicherheit oder dem „nationalen“ Interesse und der aktuellen Perzeption von Sicherheit bestimmen das Verhalten der Gruppen zueinander. Da Singhalesen und Tamilen ethnisch antagonistische Konzepte von Sicherheit besitzen, in denen der Zugewinn von Sicherheit für die eine Ethnie immer die Abnahme von Sicherheit für die andere Ethnie bedeutet, entsteht ein so genanntes Sicherheitsdilemma, in dem beide Seiten um die Wette „aufrüsten“. Ziel erfolgreicher Friedensverhandlungen muss es sein, das Sicherheitsdilemma zu entschärfen und das antagonistische Sicherheitsverständnis zu verändern. Entscheidend um diese Ziele zu erreichen, sind zum einen die Gespräche selbst (Inhalt, Prozess, Akteure), und zum anderen die Gestaltung des politischen Umfeldes. Entwicklungen außerhalb der direkten Gespräche (zum Beispiel Wahlen, Umgang mit Opposition, Stellungnahmen) werden von den Verhandlungsparteien genau beobachtet, um die Motive des Gegners und damit die eigene potenzielle Sicherheitsbedrohung einschätzen zu können.

Der Erfolg von Friedensverhandlungen hängt wesentlich von zwei Fragen ab: Wie konzipieren die Parteien Sicherheit und wie kann diese gewährleistet werden? Externe Akteure können den Verlauf von Friedensverhandlungen daher nicht unerheblich mit beeinflussen. Ihre Aufgabe sollte es sein, eine annehmbare Verhandlungs- und Sicherheits-situation herzustellen, die Gespräche institutionell zu unterstützen oder zwischen den Parteien zu vermitteln. Um die Verhandlungen (in eine gewünschte Richtung) voranzubringen, versuchen externe Akteure aber oft auch, gezielt eine Seite unter Druck zu setzen und verändern damit die sensible Sicherheitsbalance. Während der Staat aufgrund seiner natürlichen Masse (Legitimität, Gewaltmonopol, Ressourcen) noch eine gewisse Toleranzgrenze bezüglich externer Einflussnahme besitzt, reagieren Guerillas oft äußerst sensibel auf jede Art der Sicherheitsbedrohung. In Sri Lanka war dies zum Beispiel der Fall als die internationalen Akteure die Demilitarisierung der LTTE einforderten, ohne der Guerilla zusätzliche Sicherheitsgarantien anzubieten. Mit Blick auf einen Verhandlungsfrieden war eine Demobilisierung aber wenig hilfreich, da das instabile Gleichgewicht des Waffenstillstandes auf dem militärischen Kräftegleichgewicht der Parteien beruhte. Die LTTE reagierte auf diese „Bedrohung“ mit zunehmender Militarisierung, welches die Regierung zum Anlass nahm, um ebenfalls aufzurüsten. Die externen Akteure unterstützten damit die Eskalation des Sicherheitsdilemmas, statt zu dessen Entspannung beizutragen.

Entscheidender als das Handeln der internationalen Akteure bleiben aber die internen Konzeptionen von Sicherheit. Grundvoraussetzung zur Auflösung des Sicherheitsdilemmas

ist letztendlich eine Veränderung der kurzfristigen Sicherheitsperzeption und der langfristigen Sicherheitskonstruktionen (ethnisch-antagonistische Identitäten) der Konfliktparteien. Dieser Prozess kann extern nur vorbereitet, aber nicht durchgesetzt werden. Durch Einflussnahme (zum Beispiel Vermittlung, Beobachtermission, internationaler Druck auf diplomatischer Ebene) können externe Akteure unterstützend wirken, nicht aber die notwendige Sicherheit garantieren.



# Inhalt

<b>1.</b>	<b>Einleitung</b>	1
<b>2.</b>	<b>Theoretische Anordnung</b>	4
2.1	Das Konzept des Sicherheitsdilemmas	4
<b>3.</b>	<b>Die Perzeption und Konzeption von Sicherheit als Ursache und Wirkung des Bürgerkrieges in Sri Lanka</b>	6
3.1	Sicherheitskonzepte während der Konfliktgenese	7
3.2	Die Veränderung von Sicherheitsperzeptionen und -konstruktionen unter Premierminister Wickremasinghe	11
3.3	Der Rückfall der Konfliktparteien in alte Sicherheitsmuster	13
<b>4.</b>	<b>Eskalation des Sicherheitsdilemmas ab 2005</b>	16
4.1	Die Auswirkungen der Präsidentschaftswahlen auf die Sicherheitslage	16
4.2	Der unerklärte Krieg	20
4.3	Die Entwicklung im Sicherheitssektor	23
4.4	Das Potenzial von Verhandlungen innerhalb des Sicherheitsdilemmas	24
<b>5.</b>	<b>Ausblick und Resümee</b>	29
	<b>Glossar</b>	32



*„Thus, to explain the occurrence of war, there is no need to see it as having been programmed into human nature; on the other hand, there is no proof that this is not so.“<sup>1</sup>*

## 1. Einleitung

Die Kriegsursachenforschung rückte in den vergangenen Jahren zunehmend in das Zentrum des Interesses. Das war nicht zuletzt dem verstärkten Aufbrechen innerstaatlicher, oft ethnisch begründeter Konflikte seit den 1990er Jahren zuzurechnen. Diese internen Konflikte über Identität, Regierungsformen oder Siedlungsgebiete sind oft wesentlich schwieriger zu befrieden als zwischenstaatliche Kriege. Trotz zahlreicher Studien lässt sich feststellen, dass man immer noch mehr darüber weiß, unter welchen Bedingungen Kriege ausbrechen, als über ihre Beendigung und die Möglichkeiten erfolgreicher Friedensverhandlungen.<sup>2</sup>

Eines der wichtigsten Probleme, das sowohl bei der Genese von innerstaatlichen Konflikten als auch bei deren Beilegung auftaucht, ist das so genannte Sicherheitsdilemma. Bei dem Versuch, die eigene Sicherheit durch militärische Aufrüstung – im weiteren Sinne auch mittels ökonomischer/kultureller Dominanz – zu gewährleisten, lösen die konfligierenden Akteure eine Kettenreaktion aus. Unabhängig davon, ob der aufrüstende Akteur tatsächlich eine Offensive plant oder einfach nur seine Defensivkräfte verstärken will, reagiert der Gegner mit Aufrüstung. Nach Auffassung dieses realistischen Ansatzes ist ein Kreislauf von Aktion und Reaktion unvermeidlich: Er führt schließlich in die Eskalation (Krieg). Von John Herz bereits in den 1950er Jahren für die Internationalen Beziehungen (das heißt für Kriege zwischen Staaten) herausgearbeitet,<sup>3</sup> findet das Sicherheitsdilemma heute ebenfalls Verwendung bei der Analyse innerstaatlicher Konflikte und Bürgerkriege.<sup>4</sup> Das Sicherheitsdilemma wäre dementsprechend eine mögliche Erklärung dafür, warum Konflikte gewaltsam eskalieren, Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen sich sehr häufig als instabil erweisen und ein dauerhafter Frieden scheinbar so schwer zu erreichen ist.

1 Martin van Creveld, *Why Men Fight*, in: L. Freedman (Hg.), *War*, Oxford (Oxford University Press), 1994, S. 85.

2 Vgl. Roy Licklider, *The Consequences of Negotiated Settlements in Civil Wars, 1945-1993*, in: *American Political Science Review*, Jg. 89, Nr. 3, 1995, S. 681-690.

3 John Herz, *Idealist Internationalism and the Security Dilemma*, in: *World Politics*, Jg. 2, Nr. 2, 1950, S. 157-180.

4 Barry Posen wandte das Konzept nach dem Ende des Kalten Krieges auf Konflikte zwischen ethnischen Gruppen in auseinanderbrechenden Staaten wie der UdSSR und Jugoslawien an. Barry R. Posen, *The Security Dilemma and Ethnic Conflict*, in: *Survival*, Jg. 25, Nr. 1, 1993, S. 27-47. Erweiterter Ansatz um immaterielle Faktoren vgl. u.a. Kaufmann, *der das Ineinandergreifen von Identitäts- und Interessenkonflikten aufzeigt*. Stuart J. Kaufmann, *The Symbolic Politics of Ethnic War*, Ithaca (Cornell University Press), 2001.

Friedensgespräche sind meist weniger kontinuierliche Verhandlungen als vielmehr ein Prozess, in dem sich die Akteure von einer Blockade zur nächsten fortbewegen. In allen Friedensverhandlungen kommt irgendwann der Punkt, an dem eine Paradoxie sichtbar wird: Offiziell möchte jede Seite einen (vorteilhaften) Frieden erreichen. Gleichzeitig blockieren oder zögern die Parteien gerade dann, wenn es möglich zu sein scheint, durch konkrete Schritte das Gewaltpotenzial zu senken. Die notwendige Demilitarisierung wird als Bedrohung empfunden und hinter inhaltlichen Vorschlägen eine „versteckte Agenda“ vermutet. Ein Sieg suggeriert die sichere Vorherrschaft über Inhalte und Prozesse des Friedens; eine verhandelte Lösung bedeutet Unsicherheit auf allen Ebenen. Insbesondere die Vorstellung, die eigene Position nicht mehr über Waffen, sondern über Verhandlungen zu definieren, löst großes Unbehagen aus. Während der Staat, wie im Fall von Sri Lanka, oft eine starke Position besitzt (Legitimität, Ressourcen, internationale Unterstützung), reagiert die Guerilla äußerst sensibel (das heißt oft vorschnell und heftig) auf jede Art der Sicherheitsbedrohung – ganz besonders aber auf militärische.

Beispielhaft für einen dieser langwierigen Konflikte, der sich seit Jahrzehnten einer Lösung widersetzt, ist der Fall Sri Lanka. Seit Ausbruch des Bürgerkrieges 1983 wurde wiederholt versucht, eine verhandelte Lösung zu finden. Erst 2002 schafften es die Konfliktparteien, die Regierung der singhalesisch-buddhistischen Mehrheitsbevölkerung und die Guerilla der tamilisch-hinduistischen Minderheit, ein Waffenstillstandsabkommen zu schließen und Friedensverhandlungen zu beginnen. Dieses Abkommen ist zwar formell bis heute gültig, de facto steht das Land aber wieder kurz vor einem Bürgerkrieg.

„Some wars seem to be intractable.“<sup>5</sup> Zumindest für Sri Lanka lässt sich diese Aussage mit einem Ausrufezeichen versehen. Aber warum? Gerade die Friedensverhandlungen seit 2001 hatten Hoffnungen auf ein Ende des gut zwanzig Jahre währenden Bürgerkrieges genährt. Obwohl sich im März 2003 die Spaltung der Guerilla ankündigte,<sup>6</sup> bleibt der Waffenstillstand unangetastet. Als sich die Rebellen Ende April 2003 aus den direkten Verhandlungen zurückzogen, schien dies nur temporär und eine Warnung an die Regierung und die Forderungen der internationalen Gemeinschaft zu sein. Das Waffenstillstandsabkommen hielt. Im April des folgenden Jahres wurde der „Friedenspremier“ Wickremasinghe, unter dem der Waffenstillstand ausgehandelt wurde, von Präsidentin Kumaratunga abgesetzt. Sie polemisiert zwar gegen den Waffenstillstand, bekundete aber nach ihrer Wahl den Willen zur Fortführung der Gespräche. Der Waffenstillstand blieb weiterhin bestehen, obwohl die Guerilla zahlreiche Anschläge gegen singhalesisches Sicherheitspersonal und tamilische Opponenten verübt. Im November 2005 wird schließlich Mahinda Rajapakse, seit 2004 Premier Sri Lankas, zum Präsidenten gewählt. Obwohl er einen härteren Kurs verfolgt und eine Koalition mit radikalen und religiösen Gruppen eingeht, bekundet er Gesprächsbereitschaft. Doch zu diesem Zeitpunkt wird der Waffenstillstand

5 Timothy D. Sisk, *Democratization and Peacebuilding. Perils and Promises*, in: C.A. Crocker/F.O. Hampson/P. Aall (Hg.), *Turbulent Peace. The Challenge of Managing International Conflict*, Washington (United States Institute of Peace Press), 2001, S. 787-800, S. 787.

6 Unter dem Ostkommandeur Karuna bildete sich eine neue Fraktion.

bereits durch zunehmende Gewalt von beiden Seiten erschüttert. Rebellen attackieren die Sicherheitskräfte; die Armee antwortet mit Personenkontrollen, Straßensperren, Durchsuchungsaktionen und Verhaftungen. Das Waffenstillstandsabkommen ist de facto nicht mehr existent und formell ernsthaft in Gefahr. Bis zum August 2006 eskaliert die Lage: Auf Minenattacken und Selbstmordattentate der Guerilla reagieren die Sicherheitskräfte mit Angriffen durch Artillerie und Luftwaffe. Auf jeden Angriff erfolgt ein Gegenangriff, jede Handlung wird als Provokation betrachtet und entsprechend beantwortet.

Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen, nachdem die Friedensverhandlungen so hoffnungsvoll begonnen hatten? Aus theoretischer Sicht bestanden gute Voraussetzungen für erfolgreiche Gespräche: ein beiderseitig „schmerzhaftes Patt“, akzeptierte und durchsetzungsfähige Führer sowie verschiedene Verhandlungsoptionen. Beide Parteien handelten kooperativ, hatten vom Beharren auf festen Positionen zu einer interessenbasierten Verhandlungsführung gewechselt und einer internationalen Vermittlung und Beobachtung zugestimmt.<sup>7</sup> Generell erwiesen sich aber Abkommen, die nach dem Sieg einer Partei getroffen wurden, als haltbarer als solche, die durch einen verhandelten Frieden erzielt wurden.<sup>8</sup> Je länger allerdings die kriegerischen Handlungen ausgesetzt waren (Fünf-Jahres Schwelle), desto höher lag die Chance, dass ein Abkommen hält. Welche Faktoren zeichnen sich im Fallbeispiel verantwortlich für das gewaltsame Wiederaufkommen des Konfliktes?

Angenommen wird, dass das Sicherheitsdilemma – insbesondere die Perzeption und Konzeption von Sicherheit durch die Konfliktparteien – eine wesentliche Rolle beim Kollaps von Friedensverhandlungen spielt. Die vorliegende Studie verfolgt drei Ziele: Erstens die Aufarbeitung der neusten politischen Entwicklung in Sri Lanka und unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Akteure; zweitens die Anwendung eines erweiterten Ansatzes des Sicherheitsdilemmas und die theoretische Einordnung des Falls. Schließlich soll der Frage nachgegangen werden, ob das Sicherheitsdilemma unausweichlich in einen neuen Krieg führt oder ob (und wie) es überwunden werden kann. Kapitel 2 bietet eine Einführung in das Konzept des Sicherheitsdilemmas und seine Anwendung auf die spezifischen Bedingungen ethnischer Bürgerkriege. Kapitel 3 und 4 illustrieren das interethnische Sicherheitsdilemma für den Fall Sri Lanka mit Schwerpunkt der letzten Friedensverhandlungen. Abschließend wird deren Scheitern begründet und theoretisch reflektiert.

7 Zum „ripe moment“ vgl. I. William Zartman, *Elusive Peace: Negotiating an End to Civil Wars*, Washington (The Brookings Institution), 1995. Zum Verhandlungsstil vgl. Roger Fisher/William Ury/Bruce M. Patton (Hg.), *Getting to Yes: Negotiating Agreement Without Giving In*, New York (Penguin Books), 1991. R. Fischer/A. Kupfer-Schneider/E. Borgwardt/B. Ganson, *Coping with International Conflict. A Systematic Approach to Influence*, in: *International Negotiations*, New Jersey (Prentice Hall), 1997. Zur Mediation: Heidi Burgess/Guy M. Burgess, *Encyclopedia of Conflict Resolution*, Santa Barbara/Denver/Oxford (ABC-CLIO), 1997, S. 178ff. Christopher W. Moore, *The Mediation Process. Practical Strategies for Resolving Conflict*, San Francisco (Jossey-Bass), 1996. Moore bietet auch eine Einteilung der Phasen und der unterschiedlichen Aufgaben in den Stadien des Mediationsprozesses.

8 Vgl. Licklider, a.a.O. (Anm. 2), S. 681-690.

## 2. Theoretische Anordnung

### 2.1 Das Konzept des Sicherheitsdilemmas

Das Konzept des Sicherheitsdilemmas entwickelt sich in der realistischen Schule der Internationalen Beziehungen und wird insbesondere zur Analyse des Kalten Krieges verwendet. Mit Hilfe des Sicherheitsdilemmas kann erklärt werden, wie und warum Staaten versuchen, andere zu kontrollieren und zu neutralisieren<sup>9</sup> bzw. wie es zu Rüstungswettläufen kommen kann. Das klassische Sicherheitsdilemma beschreibt einen Prozess, in dem das Bestreben eines Staates, seine eigene Sicherheit zu erhöhen, jeweils zu einer Verringerung der Sicherheit eines anderen Staates führt. Da es keine übergeordnete Instanz gibt, die Sicherheit garantieren kann, ist die Bedrohung allgegenwärtig und die Staaten sind auf Selbsthilfe angewiesen (anarchischer Zustand). Nach Posen stellen sich für die Parteien folgende entscheidende Fragen über den jeweils Anderen: „[...] is it a threat? How much of a threat? Will the threat diminish over time? Is there anything that must be done immediately?“<sup>10</sup> Die Antworten auf diese Fragen sind entscheidend für die Eskalation eines Konfliktes und das Ausbrechen eines Krieges.

Das Konzept wird heute nicht nur auf zwischenstaatliche Beziehungen und Kriege angewendet, sondern auch auf innerstaatliche und berücksichtigt nicht nur staatliche, sondern auch nicht-staatliche Akteure.<sup>11</sup> „As we have seen, security dilemmas can operate between groups inside the state or between states. Common to both levels is an unjustified fear arising from the inherent ambiguity of actions, which culminate in a self-fulfilling prophecy and a spiral to violence.“<sup>12</sup> Das Streben nach Sicherheit soll hier in einem weiten Sinne definiert werden: Das „ethnische Sicherheitsdilemma“ umfasst nicht nur die militärische Aufrüstung, sondern als Vorstufe einer Militarisierung auch den Versuch, ökonomische und/oder sozial-kulturelle Dominanz zu erlangen, sowie das Bestreben, innerhalb der (regionalen und/oder internationalen) Umwelt den Diskurs zu den eigenen Gunsten zu bestimmen. Fehlende Kontrolle über diese „Ressourcen“ werden ebenfalls als Sicherheitsbedrohung der eigenen Gruppe gewertet.<sup>13</sup> Für ethnische Gruppen bedeutet Sicherheit die Möglichkeit, ihre Existenz und Kernwerte als ethnische Gruppe bewahren zu können und notfalls verteidigen zu müssen. Sicherheit ist als Konzeption immer vorhan-

9 Robert Jervis, Cooperation under Security Dilemma, in: World Politics, Jg. 40, Nr. 1, 1978, S. 167-213.

10 Posen, a.a.O. (Anm. 4), S. 27.

11 Neben Barry Posen vgl. Jack Snyder/Barbara Walter, Civil Wars. Insecurity and Intervention, New York (Columbia University Press), 1999.

12 Janice Gross Stein, Image, Identity, and the Resolution of Violent Conflict, in: Crocker/Hampson/Aall (Hg.), a.a.O. (Anm. 5), S. 189-208, S. 195.

13 Vgl. Stephen Saideman, Is Pandora's Box Half Empty or Half Full. The Limited Virulence of Secessionism and Domestic Sources of Desintegration, in: David A. Lake, Donald Rothchild (Hg.), The International Spread of Ethnic Conflict: Fear Diffusion, and Escalation, New York/Princeton (Princeton University Press), 1998. Schon Posen hatte festgestellt: „In sum, the military capabilities of groups will often be dependent on their cohesion, rather than their meagre military assets.“ Posen, a.a.O. (Anm. 4), S. 31.

den – auch oder gerade inmitten eines Bürgerkrieges: Sicherheit bedeutet dann unter anderem die partielle Vorherrschaft einer Seite in einem bestimmten Gebiet, temporär eingestellte Kampfhandlungen oder militärische Überlegenheit.

Kooperation und Vertrauen bleiben immer, mithin auch in Verhandlungssituationen, eine unsichere Option, da niemand gewährleisten kann, dass der Gegner nicht täuscht und betrügt. Die realistische bzw. neo- oder kontingent-realistische Sichtweise legt nahe, dass Unsicherheit und Angst durch den Aufbau militärischer Kapazitäten kompensiert werden können.<sup>14</sup> Temporäre Kooperation ist zwar möglich, kann aber die Grundlagen des Problems nicht beseitigen. Für Friedensverhandlungen wäre diese Art des Sicherheitsverständnisses problematisch, weil es die Lösung des Konfliktes weiterhin auf militärischer Ebene sieht und Verhandlungen nur eine zusätzliche „Aktion“ darstellen. Der Kriegsgegner bleibt weiterhin der Feind und nicht ein Kooperationspartner. Demilitarisierung käme unter diesen Umständen nur sehr zögerlich oder gar nicht in Gang. Stattdessen bleibt die latente Militarisierungsdynamik bestehen. Realistische „Friedenspolitik“ kann entsprechend nur kurzfristige Sicherheitsgewinne bringen. Langfristig werden Angst und Misstrauen dem Gegner gegenüber aber stabilisiert und erhöhen die Gefahr, in den Krieg zurückzufallen.

Die latente Kriegsgefahr ist zum einen durch strukturelle Faktoren des Sicherheitsdilemmas (Anarchie) induziert,<sup>15</sup> zum anderen durch immaterielle Faktoren. Verhalten und Handeln der Akteure werden wesentlich von religiösen, ethnischen, und kulturellen Begründungsstrukturen bestimmt.<sup>16</sup> Das Sicherheitsdilemma ist dementsprechend kein zwangsläufiges Ergebnis der anarchischen Struktur,<sup>17</sup> sondern wird konstituiert durch spezifische soziale Interaktion.<sup>18</sup> So werden auch die Spielräume von Waffenstillstandsverhandlungen von Vorstellungen zum Beispiel davon, was Sicherheit ist oder ihr zugrunde liegt, bestimmt, das heißt, bestimmte Konstruktionen von Sicherheit oder von „nationalem“ Interesse ermöglichen und legitimieren Handlungen und Strategien.

14 Vgl. Jack S. Levy, *Theories of Interstate and Intrastate War. A Level-of-Analysis Approach*, in: Crocker/Hampson/Aall (Hg.), a.a.O. (Anm. 5), S. 3-27.

15 Aufgeschlüsselt findet man bei Kaufmann vier strukturelle Bedingungen für die Entwicklung eines ethnischen Sicherheitsdilemmas: „1. de facto anarchy, 2. demographic fear of extinction, 3. illegitimate borders, 4. the availability of the means to fight.“ Stuart J. Kaufmann, *Spiraling to Ethnic War: Elites, Masses, and Moscow in Moldova's Civil War*, in: *International Security*, Jg. 21, Nr. 2, 1996, S. 108-138, S. 113.

16 Vgl. Charles L. Glaser, *The Security Dilemma Revisited*, in: *World Politics*, Jg. 50, Nr. 1, 1997, S. 171-201. John M. Cotter, *Cultural Security and Ethnic Conflict in Georgia*, in: *Journal of Conflict Studies*, Jg. XIX, Nr. 1, 1999. Vgl. auch Kaufmann, *der das Ineinandergreifen von Identitäts- und Interessenkonflikten aufzeigt*. Kaufmann, *The Symbolic Politics ...*, a.a.o. (Anm. 4).

17 Alexander Wendt, *Anarchy is what States make of it*, in: *International Organization*, Jg. 46, Nr. 2, Spring 1992, S. 391-425. Emanuel Adler, *Seizing the Middle Ground. Constructivism in World Politics*, in: *European Journal of International Relations*, Jg. 3, Nr. 3, 1997, S. 319-363.

18 Vgl. Nicholas G. Onuf, *World of our Making: Rules and Rule in Social Theory and International Relations*, Columbia (University of South Carolina Press), 1989. Peter J. Katzenstein (Hg.), *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, New York (Columbia University Press), 1996. Alexander Wendt, *Social Theory of International Politics*, New York (Cambridge University Press), 1999.

Gerade für externe Akteure, die an der Vermittlung eines Konfliktes beteiligt sind, ist es notwendig, den Prozess zu verstehen, indem die Akteure ihre Entscheidungen über die Motive der anderen Seite und die Bewertung des Kontextes treffen. Für erfolgreiche Friedensverhandlungen gilt es, eine grundlegende Frage zu klären: Was bedeutet Sicherheit für die Konfliktparteien und wie kann diese gewährleistet werden? Hier wird angenommen, dass eine positive Wahrnehmung von Sicherheit wesentlich zum Erfolg von Friedensverhandlungen beiträgt. Externe Akteure können eine positive Perzeption von Sicherheit zwar unterstützen, zum Beispiel durch Vermittlung, Beobachtermission, internationaler Druck auf diplomatischer Ebene,<sup>19</sup> nicht aber die notwendige Sicherheit garantieren.<sup>20</sup>

Im Folgenden soll aufgezeigt werden, wie die sri lankanischen Konfliktparteien Sicherheit wahrnehmen und konstruieren und welche Auswirkungen dies auf die Eskalation von Gewalt hat.

### 3. Die Perzeption und Konzeption von Sicherheit als Ursache und Wirkung des Bürgerkrieges in Sri Lanka

Sri Lanka wurde 1948 von den Briten in die Unabhängigkeit entlassen. Die Mehrheit der heutigen Bevölkerung wird von den Singhalesen mit 74 Prozent und die größte Minderheit von Tamilen mit 18 Prozent (12,7 Prozent indigene Sri Lanka Tamilen, 5,5 Prozent Nachkommen in Kolonialzeiten zugewanderter indischer Plantagenarbeiter, der so genannten Estate-Tamilen) und den Muslimen mit 7 Prozent gestellt.<sup>21</sup> Zwischen den beiden größten Bevölkerungsgruppen, Singhalesen und Tamilen, entwickelten sich in den folgenden Jahrzehnten schwerwiegende Konflikte über die Repräsentation der Minderheit im politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen System.<sup>22</sup>

19 Fen Osler Hampson, Parent, Midwife, or Accidental Executioner? The Role of Third Parties in Ending Conflict, in: Crocker/Hampson/Aall (Hg.), a.a.O. (Anm. 5), S. 387-406, S. 399.

20 Der Effekt externer Intervention ist durchaus umstritten. Während Barbara Walter einen Erfolg feststellt, sehen Hartzell und Werner keine Effekte. Caroline Hartzell, Explaining the Stability of Negotiated Settlements to Intrastate Wars, in: Journal of Conflict Resolution, Jg. 43, Nr. 1, 1999, S. 3-22. Suzanne Werner, The Precarious Nature of Peace: Resolving Issues, Enforcing the Settlement, and Renegotiating the Terms, in: American Journal of Political Science, Jg. 43, Nr. 3, 1999, S. 912-934.

21 Diese Angaben finden sich in fast allen Publikationen, die sich mit dem Konflikt beschäftigen. Das World Factbook 2006 hingegen berücksichtigt den Regierungszensus von 2001 und kommt auf 73,8 Prozent Singhalesen, 4,6 Prozent Estate-Tamilen, 3,9 Prozent (!) Sri Lanka Tamilen, 7,2 Prozent Muslime, 0,5 Prozent Andere und 10 Prozent, die nicht spezifiziert sind. Die Bevölkerungszahlen sind in Sri Lanka ein Politikum ersten Ranges. Unter: [www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/ce.html](http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/ce.html) (Zugriff 18. Juni 2006).

22 Zur Genese und den Ursachen des Konfliktes vgl.: Mirjam Weiberg, Sri Lanka: Nach dem Krieg ist vor dem Krieg. Der Bürgerkrieg als Ergebnis machtpolitischer Strukturen und kultureller Perzeption, in: Nord-Süd Aktuell, September, Jg. 18, Nr. 2, 2004, S. 313-323.

Aufseiten der Singhalesen entstand ein religiös und ethnisch gefärbter Unbedingtheitsanspruch auf sämtliche Ressourcen des Landes, der die tamilische Minderheit wirtschaftlich zurücksetzte, ihre politische Partizipation beschränkte und ihre kulturelle Identität bedrohte: Ab 1949 wurde einem Teil der Plantagen-Tamilen das Wahlrecht entzogen, die Stimmen fielen an die Singhalesen. 1956 wurde das Singhalesische Nationalsprache, den tamilischsprachigen Tamilen war damit der Zugang zu höherer Bildung und beruflichen Positionen erschwert oder verwehrt; durch expansive Siedlungspolitik des Staates wurden ferner die traditionellen Siedlungsgebiete der Tamilen im Nord-Osten mit Singhalesen durchsetzt. Verfassungsänderungen, allgemeine Gesetze, ökonomische Maßnahmen, Siedlungspolitik und kulturelle Programme machten Sri Lanka zur Insel der Singhalesen, auf der andere Bevölkerungsgruppen bestenfalls eine untergeordnete Rolle spielen konnten oder sich assimilieren sollten. Der Buddhismus wurde 1972 quasi zur Staatsreligion erhoben und Sri Lanka als zentralistischer Einheitsstaat proklamiert, was jeglichen zukünftigen föderalen Bestrebungen der Tamilen eine eindeutige Grenze setzte. Diskriminierung durch den Staat, Missachtung der Gruppeninteressen und Kultursymbole wurden von den Tamilen als existenzielle- und identitäre Sicherheitsbedrohung erlebt. Eine tamilische Guerilla-Gruppe, die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), forderte seit den 1970er Jahren gewaltsam die Vereinigung der Nord- und Ost-Provinz und die Gründung eines tamilischen Staates. Aus einzelnen (Selbstmord)Attentaten und einer *hit-and-run*-Strategie entwickelte sich ein Bürgerkrieg, der bis heute ca. 70.000 Tote und 1 Million Vertriebene forderte.

Verschiedene Verhandlungsversuche seit den 1980er Jahren scheiterten. Erst 2002 gelang es, unter dem neuen Premierminister einen dauerhaften Waffenstillstand zu vereinbaren, der bis heute Gültigkeit besitzt. Abgesichert wurde der Waffenstillstand durch ein internationales unbewaffnetes Beobachtungsteam, die Sri Lanka Monitoring Mission (SLMM), und durch die Vermittlung der Gespräche durch Norwegen. Begleitende Friedensverhandlungen (in Form von direkten Gesprächen), die zuerst rasche Fortschritte brachten, wurden im April 2003 von der Guerilla ausgesetzt.<sup>23</sup> Seither gab es keine neuen direkten Gespräche über einen Friedensvertrag. Der Kontakt zwischen den Parteien wurde zwar durch den Vermittler aufrechterhalten, er konnte aber ein beständig steigendes Niveau an Gewalt in den betroffenen Bürgerkriegsgebieten im Nord-Osten und der Hauptstadt Colombo nicht verhindern.

### 3.1 Sicherheitskonzepte während der Konfliktgenese

Der Konflikt zwischen Singhalesen und Tamilen begann bereits vor der Unabhängigkeit. Feste, einander entgegengesetzte Konzeptionen von Sicherheit bildeten sich aber erst in den Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit heraus. Bis in die 1920er Jahre arbeiteten eng-

23 Zu den Gründen vgl. Mirjam Weiberg, Frieden ohne Ende. Am Ende ohne Frieden? Zur Verhandlung des Bürgerkriegs auf Sri Lanka, Frankfurt (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, HSFK-Report Nr. 8), 2003.

lischsprachigen Elite-Singhalesen und -Tamilen noch zusammen, zum Beispiel an der Verfassung, mit dem Ziel, eine ceylonesischen Nation zu gründen, die alle Ethnien repräsentieren sollte. Bereits in den 1930er und 1940er Jahren wurde aber deutlich, dass die zugrunde liegende Doktrin des neuen Staates nun in Richtung einer singhalesisch-buddhistischen Staatsnation gehen sollte, in der die Minderheiten eine untergeordnete Rolle spielen würden. Im State Council der Ceylonesen wuchsen daher auch bald die Differenzen über eine angemessene Repräsentation der Bevölkerungsgruppen, ab 1922 kam es zu zahlreichen ethnisch orientierten partei-politischen Neugruppierungen.<sup>24</sup> Die Tamilen waren bestrebt, möglichst ihre überdurchschnittliche Repräsentation und das für sie vorteilhafte regionale Wahlrecht festzuschreiben, während die Singhalesen ihnen bestenfalls eine prozentuale Beteiligung nach Bevölkerungszahlen zubilligen wollten. Diese Vorstellung über den zukünftigen Nationalstaat betraf genuin die Konzeption von Sicherheit auf beiden Seiten, da sie über die soziale, ökonomische und politische „Sicherheit“ entschieden. Die auf beiden Seiten herrschende Angst vor einem Sicherheitsverlust wurde zu diesem Zeitpunkt jedoch noch abgemildert, weil der koloniale Rahmen und der ähnliche edukativ-kulturelle Hintergrund der Elite einen Eindruck von Sicherheit ermöglichte, die durch einen friedlichen Interessenausgleich in bestimmten Institutionen (bzw. als institutionalisierte Kooperation im weitesten Sinn) bestimmt wurde.

Einen wesentlichen Schritt zur Verschärfung der Konfrontation und Veränderung der Sicherheitskonzeption bot der Wandel der strukturellen Rahmenbedingungen: 1931 führte Großbritannien das allgemeine Wahlrecht auf der Grundlage eines Mehrheitswahlsystems ein. Zudem wurde im folgenden Jahrzehnt klar, dass die Kolonialmacht, die bisher ihre schützende Hand über die Minderheit gehalten hatte, sich bald von der Insel zurückziehen würde. Den tamilischen Protestnoten – sie forderten ein kommunales Wahlrecht, das die Minderheiten explizit schützte – wurde von den Briten nicht entsprochen. Auf der einen Seite standen nun die Minderheiten, die unter dem Wahlsystem benachteiligt wurden, das eine politische Vormachtstellung der Singhalesen festschrieb, auf der anderen Seite die ebenso entsetzte singhalesische Elite. Die Reform war so von ihnen niemals gefordert worden: Zwar wünschte man für sich eine weitgehende Mitbestimmung, aber kein allgemeines Wahlrecht der Bevölkerung. Die singhalesische Elite sah mit dieser Reform ihre Jahrhunderte alte Vormachtstellung bedroht. Sie war gezwungen, Wählerstimmen von bisher missachteten singhalesischen Kleinbauern, Dörflern, indischen Tamilen einzuwerben, um an der Macht zu bleiben. Dabei half ihnen das Propagieren eines exklusiven Nationalismus, der die Tamilen zu einer Bedrohung der singhalesischen Rasse und ihrer Religion, des Buddhismus, erklärte.

Diese Entwicklung hatte deutliche Auswirkungen auf die Konstruktion der ethnischen Identitäten und die Perzeption von Sicherheit. Für beide Seiten ergab sich eine veränderte Sicherheitslage, die mit dem bisherigen Instrumentarium (parlamentarische Verhandlungen) nicht mehr bearbeitbar erschien: Die Elite der Singhalesen sah sich durch die möglichen Mobilitätsbestrebungen der eigenen Ethnie bedroht; die Tamilen durch die

24 Z.B. The Ceylon Muslim League 1924, 1935, Sinhala Maha Sabha 1937, All Ceylon Tamil Congress 1944.

Dominanz der Mehrheitsethnie. Trotz strukturell gleicher Ausgangslage zogen beide Gruppen unterschiedliche Konsequenzen: Die Singhalesen begannen, ihre militärische, ökonomische und gesellschaftliche Stellung vehement auszubauen, indem sie ihre Sicherheit durch eine ethnisch begründete Vorherrschaft manifestierten. Die Tamilen versuchten zunächst weiterhin über Kooperation in staatlichen Institutionen ihre Sicherheitsbedürfnisse zu befriedigen – zumindest bis in die 1970er Jahre prägten Verhandlungen und Kompromisse ihre Seite. Zwar konnten über diesen Weg nur eingeschränkte Zugeständnisse erreicht werden,<sup>25</sup> er verhinderte für einige Jahrzehnte aber die gewaltsame Eskalation. In der tamilischen Wahrnehmung von Sicherheit hielten sich positive und negative Eindrücke zu diesem Zeitpunkt noch die Waage. Zwar sah man die Gefahr, welche von dem Vormachtstreben der Singhalesen ausging, regelmäßiger Informationsaustausch, politische Versprechen und private Verbindungen mit der singhalesischen Elite reduzierten aber die Unsicherheit.<sup>26</sup> Grundlage des Vertrauens seitens der Tamilen war weiterhin die Unterstellung einer elitären und multikulturellen Motivstruktur, die den institutionalisierten Interessenausgleich sicherte. Tamilische Politiker bekleideten entsprechend in den singhalesischen Regierungen Ministerposten. Dass es sich hierbei um eine „Alibifunktion“ und nicht um interethnische Machtteilung handelte, zeigte sich spätestens ab Ende der 1960er Jahre: nachteilige Verfassungsänderungen und Ausschreitungen gegen die Tamilen wurden die Regel. Die Zersplitterung der tamilischen Seite auf verschiedene Parteien vereinfachte die Ausgrenzung.<sup>27</sup> Die singhalesische Seite wandte sich nicht nur einem realistischen Macht- und Sicherheitsmodell zu, sondern präferierte darüber hinaus ganz bestimmte Aspekte – sie setzte insbesondere auf die Sicherung ihrer Dominanz durch militärische Überlegenheit. Seit den 1970er Jahren wurde der Sicherheitsapparat kontinuierlich ausgebaut.

Je stärker der militärische Apparat wurde, desto eher war die singhalesische Elite bereit, diesen zur Aufrechterhaltung der staatlichen und persönlichen Sicherheit einzusetzen.<sup>28</sup> Hier setzte ein Nebeneffekt des Sicherheitsdilemmas ein: Nicht mehr Recht und Gesetz (Grund- Menschenrechte) bestimmten die Angemessenheit von Gewalt und die potenziellen Lösungsmöglichkeiten (kooperative vs. konfrontative Strategien) von Konflikten, sondern die Macht der faktisch verfügbaren militärischen Mittel. Dies zeigte sich

25 Tamilisch wird zweite Staatssprache.

26 Zum State- und Nation-Building vgl.: Peter Kreuzer/Mirjam Weiberg, *Framing Violence, Nation- and State-Building. Asian Perspectives*, Frankfurt (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, PRIF-Report Nr. 72), 2005.

27 Die Tamilen unterstützten verschiedene tamilische Parteien wie den Ceylon Workers Congress (CWC), die Federal Party (FP) oder den Tamil Congress (TC).

28 Dies ist nicht nur im Zusammenhang mit dem interethnischen Konflikt zu sehen, sondern auch mit einer intraethnischen Konfrontation Anfang der 1970er und Ende der 1980er Jahre. Der Blick über den ethnischen Bürgerkrieg zwischen Singhalesen und Tamilen hinaus auf den brutal niedergeschlagenen innersinghalesischen Konflikt zwischen der Regierung und aufständischen singhalesischen Jugendlichen der Janatha Vimukthi Peramuna (= Peoples Liberation Front JVP) 1971 und 1987-1989 zeigt ferner, dass bestimmte Muster der Konfliktbearbeitung wirksam sind, die sich nicht auf ethnische Differenzen zurückführen lassen, sondern allgemeine Sicherheitskonzeptionen der Regierenden sind.

für die Tamilen spätestens 1983: Hunderte Tamilen fielen staatlich geduldeten oder geförderten Pogromen zum Opfer: der Bürgerkrieg brach aus.<sup>29</sup> Ein Blick in die Geschichte machte darüber hinaus deutlich, dass es schon in den 1950er und 1960er Jahren zu zahlreichen gewaltsamen Unruhen kam, in denen Tamilen verfolgt, misshandelt und ermordet wurden und tamilisches Eigentum vom singhalesischen Mob zerstört wurde. Zurücksetzung, Unruhen und schließlich Pogrome ändern nicht nur die Sicherheitsperzeption, sondern auch das Konzept von Sicherheit auf tamilischer Seite.

Wie oben bereits angesprochen, begann in den 1970er Jahren das Ende des institutionellen und gewaltlosen Prinzips der tamilischen Politik: tamilische Studentenorganisationen gründeten militante Guerillagruppen, unter denen sich die Liberation Tigers of Tamil Eelam, LTTE, als stärkste herausbildete. Sie forderte, um die Sicherheit der tamilischen Gruppe gewährleisten zu können, einen eigenen tamilischen Staat aus der Nord-Ost-Provinz der Insel, die sie als das traditionelle *Homeland* der Tamilen sah. Die LTTE entwickelte sich unter ihrem Führer Prabhakaran zu einer gefährlichen Gegenmacht des singhalesischen Staates, da sie sich als äußerst brutale und dabei flexible, lernfähige und extrem kohärente Gruppe erwies.<sup>30</sup> Dies führte zur Gegenreaktion auf singhalesischer Seite: Die Sicherheitskräfte gingen militärisch dabei nicht nur gegen die LTTE, sondern auch gegen die tamilische Bevölkerung vor. Dadurch beförderten sie wiederum ein Denken bei der Zivilbevölkerung, das die LTTE als einzige Sicherheitsinstanz (gegen die Willkür des singhalesischen Staates) erscheinen ließ. Was für die singhalesische Seite Sicherheit versprach, bedeutete für die Tamilen zunehmende Unsicherheit. Die Konzeption von Sicherheit wurde dadurch entscheidend verändert: Zum einen sah man das Überleben der Tamilen, ihrer Kultur und Sprache jetzt in einem separaten Staat gesichert, zum anderen waren nicht mehr Verhandlungen, sondern gewaltsame Gegenwehr das Mittel der Interessendurchsetzung. Die Macht der LTTE und die Sicherheit der tamilischen Gruppe beruhen auf dem militärischen Potenzial der Guerilla und der Kohärenz der tamilischen Gruppe. Die Interessenszersplitterung tamilischer Elitepolitiker wurde ersetzt durch den Alleinvertretungsanspruch der LTTE. Der Unabhängigkeitskampf überbrückte auch die regionalen Differenzen innerhalb der tamilischen Gruppe zwischen Nord-, Ost- und Colombotamilen.<sup>31</sup> Die Guerilla bildete das informelle Kräftegleichgewicht zum bis dato übermächtigen singhalesischen Staat. Die tamilische Homeland- und Besiedlungsgeschichte des

29 Stanley J Tambiah, *Leveling Crowds, Ethnonationalist Conflicts and Collective Violence in South Asia*. Berkeley/Los Angeles/London (University of California Press), 1996.

30 Seit den 1980er Jahren verfügt die LTTE über ein weit verzweigtes Spenden- und Unterstützernetzwerk, das mehr oder weniger freiwillig Spenden erbringt. Daneben ist sie in einer Vielzahl legaler (zum Beispiel Gastronomie) und illegaler (Drogen, Waffen) Felder aktiv. Vgl. Peter Chalk, *LTTE. International Organisation and Operations – A Preliminary Analysis*, Ottawa (Ontario), 1999. Rohan Gunaratne, *International and Regional Implications of the Tamil Insurgency*, unter: [www.ourworld.compuserve.com/homepages/sinhala/rohan.htm](http://www.ourworld.compuserve.com/homepages/sinhala/rohan.htm) (Zugriff: 4. Juni 2004). Tigers Inc.: *The Secret International Network that keeps Sri Lanka's Tamil Guerrillas Alive and Dangerous*, in: *Asiaweek*, Jg. 22, Nr. 30, 26. Juli 1996.

31 University Teacher of Human Right (Jaffna) UTHR (J), *The Clash of Ideologies and the Continuing Tragedy in the Batticaloa and Amparai Districts*, Report Nr. 7, 8. Mai 1991.

Nord-Ostens entwickelte sich zu einem Gegennationalismus, der konträr zum Konzept der Singhalesen stand.

Der Konstruktionen von Sicherheit lagen auf singhalesischer Seite bestimmte Bedrohungsvorstellungen zugrunde: Am Rande der nationalistischen Erneuerungsbewegung nach der Staatsgründung entstand nicht nur die Kritik an der Kolonialregierung und ihrer Politik, sondern auch ein Minderheitenkomplex der Singhalesen den Tamilen gegenüber. Die tamilische Bevölkerung Sri Lankas verband sich in der Vorstellungswelt der Singhalesen mit den 20 Millionen Tamilen Indiens aus Tamil Nadu und bildete eine Masse, die den Singhalesen zahlenmäßig überlegen war und sowohl ihre soziale wie kulturelle Position zu bedrohen schien.<sup>32</sup> Angst um die Sicherheit und den Schutz der singhalesischen Rasse, der buddhistischen Religion und Minderheitskomplex rechtfertigten es, die Tamilen auszugrenzen. Sri Lanka war ihrer Meinung nach eine singhalesisch-buddhistische Gemeinschaft und musste dies bleiben, wenn es sein Erbe bewahren wollte. Darüber hinaus betrachteten die Singhalesen sich als das ausgewählte Volk (Bewahrer des Buddhismus). Da sie ausgewählt waren, wurden, gemäß dem Nullsummenspiel des Sicherheitsdilemmas, die Tamilen ausgeschlossen. Damit sich das Verhältnis nicht umkehrte, war es erforderlich, die Dominanz dauerhaft abzusichern.<sup>33</sup>

### **3.2 Die Veränderung von Sicherheitsperzeptionen und -konstruktionen unter Premierminister Wickremasinghe**

Seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges 1983 blieben die oben genannten Sicherheitsmuster konstant. Erst 2002, nachdem beide Parteien fast zwei Jahrzehnte vergeblich versucht hatten, militärisch die Oberhand zu gewinnen, gelang es dem damals neu gewählten Premier Wickremasinghe, Gespräche mit der LTTE aufzunehmen und im Februar ein Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen. Die LTTE war der alleinige Verhandlungspartner der Regierung. Die parlamentarischen Tamilen hatten sich zur Tamil National Alliance (TNA) zusammengeschlossen und der LTTE Vorrang eingeräumt. Die Interessensplitterung auf tamilischer Seite war damit aufgehoben. Die Friedensverhandlungen wurden durch einen Vermittler (Norwegen), ein internationales Beobachterteam (Sri Lanka Monitoring Mission, SLMM) und die Beratung durch Vertreter der 58 Entwicklungshilfe-Geberländer (die so genannten Co-Chairs: Norwegen, EU, USA, Japan) unterstützt. Während dieser Verhandlungsperiode waren Ansätze zu einem Wandel des Sicherheitsverständnisses vorhanden. Als Veränderung der Sicherheitskonstruktionen ließ sich die Bereitschaft der Regierungsseite deuten, den Tamilen eine Föderation für den Nord-Osten anzubieten; die LTTE sagte ihrerseits zu, auf einen Separatstaat und den Alleinvertretungsanspruch der Tamilen verzichten zu wollen. Eine friedliche Wahrnehmung

32 Vgl. Ishtiaq, Ahmed, *State, Nation and Ethnicity in Contemporary South Asia*, London (Pinter Press), 1996.

33 Zur Genese und Verbreitung dieser Vorstellungen vgl. Jakob Rösel, *Die Gestalt und Entstehung des singhalesischen Nationalismus*, Berlin (Duncker & Humblot), 1993. Auch kritischen singhalesischen Intellektuellen war es kaum möglich, dieses Denkgebäude zu hinterfragen, ohne als Verräter am Buddhismus und der „dschaitika Tschitanaja“, des „nationalen Denkens/Denkprozesses“, zu gelten.

wurde dadurch befördert, dass die Regierung jede militärische Offensive einstellte und auf kleinere lokale Auseinandersetzungen mit Nachsicht reagierte. Aufseiten der Guerilla verzichtete man zwar auf offizielle Attacken, konnte sich aber nicht zu einer Demobilisierung durchringen, da der erreichte Waffenstillstand nach Meinung der LTTE auf dem militärischen Kräftegleichgewicht der Parteien beruhte.

Im April 2003 gerieten die Verhandlungen jedoch ins Stocken, und die Guerilla zog sich aus den direkten Gesprächen zurück. Ursächlich hierfür war, dass Regierung und die internationalen Akteure eine Demilitarisierung forderten, ohne gleichzeitig weitere Sicherheitsgarantien anzubieten. Als die USA und EU versuchten, die Demilitarisierung zu forcieren,<sup>34</sup> fiel die LTTE in die alten Sicherheitskonzeptionen zurück. Mit zunehmendem Misstrauen beobachtete die Guerilla die „Einmischung“ der Geber, insbesondere der USA. Die internationale Gemeinschaft wurde von ihr als „Sicherheitsnetz“ der Regierung wahrgenommen, welches darauf ausgerichtet war, sie zur Annahme von missliebigen Vorschlägen zu zwingen.<sup>35</sup> Die Gesprächsblockade der LTTE seit April 2003 war daher weniger eine Verhandlungskarte, um weitere Zugeständnisse zu ihren Gunsten zu erpressen, sondern Ausdruck ihres Sicherheitsempfindens. Die wichtigste Frage, wie und wann die LTTE von einer militärisch-terroristischen Vereinigung zu einer parlamentarisch-friedlichen Kraft umstrukturiert werden sollte, war nicht ohne Grund von konkreten Beschlüssen ausgenommen: Ein wichtiges Glied in der tamilischen Sicherheitskonstruktion bildete die Erkenntnis, dass jeder Versuch einer Einigung mit den Singhalesen auf friedlichem Weg gescheitert<sup>36</sup> und jedes Zugeständnis das Ergebnis von Gewalt war. Militärische Macht garantierte die Gleichberechtigung der Tamilen mit den Singhalesen. Militärische Balance war damit die Grundlage ihrer Sicherheit. Als ausschlaggebend für den weiteren Verlauf erwies sich die Haltung der Regierungsseite bzw. nachgeordnet, die der externen Akteure: Statt positive Anreize zu setzen, zum Beispiel in Form von institutionellen Garantien, verstärkten sie den Druck. Diesen Mangel an Sicherheit bzw. der Zuwachs an Bedrohung beantwortete die Guerilla mit einer Rückwendung zu ihrer genuinen Sicherheitskonzeption, indem sie versuchte, ihren Einflussbereich im Nord-Osten durch die Beseitigung politischer Opposition und den Ausbau eigener administrativer Strukturen zu stärken.

Eine Veränderung in der Akteurskonstellation Anfang November 2003 führte dann zum Wiederaufflammen des Sicherheitsdilemmas und zeigte, dass die alten Sicherheitskonstruktionen auch aufseiten der Singhalesen immer noch dominant waren. Die damalige Präsidentin Sri Lankas, Chandrika Kumaratunga, die der Oppositionspartei angehörte, setzte einen Teil des Wickremasinghe-Kabinetts ab und suspendierte kurzfristig das Parla-

34 Die Freigabe und Zuweisung von Hilfsgeldern wurden mit der Fortsetzung des Dialoges und der Erfüllung bestimmter Forderungen verbunden.

35 Sunday Leader, 8. Juni 2003; Sudaroli, 28. Mai 2003.

36 Vgl. die gescheiterten Pakt-Versuche zwischen Singhalesen und Tamilen: Bandaranaike-Chelvanayakam 1957, Senanayake-Chelvanayakam 1965, den Indo-Sri Lankan Peace Accord 1987 und die Föderationspläne Kumaratungas 1994.

ment. Damit entzog sie dem Premier die Schaltstellen der Macht und die Basis für weitere Verhandlungen. Offiziell rechtfertigte sie ihr Vorgehen mit der „Gefährdung der nationalen Einheit und Sicherheit“. Schon während der Friedensgespräche unter Wickremasinghe agitierte die Präsidentin, in Einklang mit dem buddhistischen Klerus, Nationalisten und einem Teil der Bevölkerung<sup>37</sup> gegen die Verhandlungen und die internationale Vermittlung.<sup>38</sup> Föderation bedeutete für diese Gruppe die stärkste Bedrohung der singhalesischen Sicherheitskonzeption, da eine Föderation für sie nur die Vorstufe zu einer Sezession war. Der sichere Fortbestand der Singhalesen und des Buddhismus war aber ihrer Meinung nach an einen Einheitsstaat gebunden. Ferner provozierte Kumaratunga – als Oberbefehlshaberin der Armee – die LTTE in Allianz mit dem Militär durch Angriffe auf LTTE-Frachtschiffe.<sup>39</sup> Die LTTE perzipierte das Vorgehen der Präsidentin als Zurücknahme der Zugeständnisse und Infragestellung der friedlichen Motive. Gleichzeitig rüstete aber auch die LTTE ihre Waffen auf und machte keine neuen inhaltlichen Vorschläge. Die Guerilla sah sich in ihrem Misstrauen bestätigt, als die Koalition der Präsidentin, die United Peoples Freedom Alliance (UPFA),<sup>40</sup> bei den vorzeitig angesetzten Parlamentswahlen im April 2004 einen knappen Wahlsieg errang. Zur Koalition gehörten radikal singhalesische Kräfte wie die Janatha Vimukthi Peramuna (= People’s Liberation Front, JVP),<sup>41</sup> die Verhandlungen mit der LTTE und föderale Zugeständnisse an die Tamilen ablehnten.

### **3.3 Der Rückfall der Konfliktparteien in alte Sicherheitsmuster**

Der Sieg der UPFA veränderte die offizielle Regierungspolitik. Nach den Parlamentswahlen im April 2004 blieb der Verhandlungswille aber zumindest noch rhetorisch bestehen.<sup>42</sup> Eine eindeutige politische Linie war jedoch nicht erkennbar. Die Präsidentin labierte zwischen divergierenden Positionen, was die Unsicherheit der LTTE erhöhte. Einmal wollte die Präsidentin gleichzeitig über eine Zwischenregierung und über einen endgültigen Friedensvertrag verhandeln, ein anderes Mal sollte nur über die Zwischenregierung entschieden werden. Einmal sprach sie der LTTE den Alleinvertretungsanspruch ab, Tage später erklärt sie die Rebellen zum alleinigen Verhandlungspartner. Die parlamentarischen Tamilen, die insgesamt immerhin 22 Sitze (und eine Zweidrittelmehrheit im Nord-Osten) in den Parlamentswahlen erreichten und drittstärkste Kraft im Parlament

37 Zur Agitation gegen den Frieden während der Verhandlungen u.a.: Die Wochenzeitung, 14. Februar 2002.

38 U.a. zum Vorwurf, dass Norwegen nicht objektiv und in der „UNP Propaganda“ gefangen sei, Sunday Times, 17. November 2002/16. März 2003.

39 World Socialist Web Site, K. Ratnayake, Killing of Sri Lankan Soldiers heightens Tensions on Jaffna Peninsula, 8. Dezember 2005.

40 Koalition zwischen links-singhalesischen Sri Lanka Freedom Party (SLFP), der JVP und mehreren kleinen Partnern.

41 Die JVP ist den radikal-singhalesisch-nationalistischen Parteien zuzurechnen.

42 Erste Gespräche zwischen Kumaratunga und dem norwegischen Premier Bondevik fanden bereits am 20. April 2004 statt.

wurden, übergang Kumaratunga bei der Regierungsbildung.<sup>43</sup> Die LTTE perzipierte dieses Vorgehen als Ausweichmanöver und Bestätigung ihrer alten antagonistischen Sicherheitskonstruktion. Sie setzte daher die Festigung ihres Status quo im Nord-Osten fort, forderte wieder den Alleinvertretungsanspruch für die Tamilen und begann, ihre militärische Ausstattung aufzustocken.

Zum negativen Eindruck der LTTE trug bei, dass der radikale Koalitionspartner der SLFP, die JVP und andere nationalistische Kräfte öffentlich gegen die Verhandlungen polemisierten. Anfang September 2004 begann die JVP zudem unter der Parole „Eastern Awakening“ eine Kampagne gegen die angestrebte Übergangsregierung im Nord-Osten. Ziel der Kampagne war es, die Vereinigung der Nord- und Ost-Provinzen rückgängig zu machen.<sup>44</sup> Die Vereinigung war aber für die Tamilen eine Voraussetzung des Waffenstillstandsabkommens und territoriale Grundlage des geforderten tamilischen Homeland. Da die JVP in den Parlamentswahlen weit mehr Stimmen erreichte als Kumaratunga erwartet hatte – nämlich 39 Sitze von 105, die auf die Koalition entfielen (bei 225 Gesamtsitzen) –, waren deren Forderungen nicht einfach zu übergehen.<sup>45</sup> Weitere Demonstrationen in der Hauptstadt (gegen Norwegen, dem man die Parteinahme für die LTTE und eine Internationalisierung des Konfliktes vorwarf) verstärkten den Eindruck der Tamilen, dass die *sinhala* (= singhalesisch)-buddhistische Konzeption weiterhin Vorrang besaß. Eine JVP-nahe Organisation buddhistischer Mönche erklärte im September 2004: „The UPFA government was brought to power not to provide jobs and reduce the price of goods [...] but to stop division of the country.“<sup>46</sup> In den Provinzwahlen vom August 2004 konnte die Koalition ihre Position konsolidieren, während die United National Party (UNP) Wickremasinghes selbst traditionelle Provinzen verlor.<sup>47</sup> In der Wahrnehmung der LTTE erhielt die Sicherheits-, Friedens- und Wirtschaftspolitik der UPFA dadurch nun auch die Legitimation der Bevölkerung, während Meinungsumfragen noch unter Wickremasinghe deutlich pro-Verhandlungen gewesen waren.<sup>48</sup>

Die Eskalation des Sicherheitsdilemmas wurde durch den im Dezember 2004 über Süd-Asien hereinbrechenden Tsunami zuerst noch hinausgezögert, dann aber verstärkt. Nach der Flut bestimmte die Diskussion um den so genannten „Joint Mechanism“ (JM),

43 Ausnahme ist ein Abgeordneter der tamilischen Eelams People's Democratic Party (EPDP), einer Partei, die in Opposition zur LTTE steht.

44 Offiziell hat es die Vereinigung zu einer Provinz nie gegeben, da das im Indo-Sri Lanka-Friedensabkommen vereinbarte Referendum nie abgehalten wurde.

45 Die letzte UNP-Regierung bezeichnete die JVP als „Green Tigers“, die Norweger als dollargierige „White-Tigers“. Die Friedensgespräche sind ein Zeichen der Schwäche, ein falsches Zugeständnis auf Druck der LTTE: „[...] peace had to take the backseat, while defence of the motherland had to be placed ahead of all demands [...] we need to mobilise the masses to defeat this so-called peace process.“

46 World Socialist Web Site, K. Ratnayake, Sri Lankan Government confronts deepening Economic Crisis, 17. September 2004.

47 Die UPFA sicherte sich 106 der 163 Wahlbezirke. Die Wahlbeteiligung lag aber unter 50 Prozent.

48 Vgl. die Umfragen des Center for Policy Alternatives, Peace Confidence Index von November 2001 bis Mai 2006, unter: [www.cpalanka.org](http://www.cpalanka.org).

auch „Post Tsunami Operation Management Structure“ (P-TOMS) (Mechanismus um die Verteilung der Hilfs- und Spendengelder zu koordinieren), die Verhandlungen. Die Guerilla forderte eigene Verfügungsgewalt bzw. Mitbestimmungsrechte über die Verwendung der Gelder für den Nord-Osten. Mangels Sicherheitsgarantien und in Abwesenheit direkter Friedensgespräche war es das Ziel der LTTE, über diesen Nebenweg eine Festschreibung oder Verbesserung ihres Sicherheitsstatus zu erreichen. Die wechselhafte Haltung der Regierung, die sich zum einen erst nach internationalem Druck und zum anderen aus persönlichen Machterhaltungsinteressen der Präsidentin für einen solchen Verteilungsschlüssel aussprach, verdeutlichten der tamilischen Seite nochmals, dass sich die Regierung zu keiner neuen Sicherheitskonstruktion – sprich einer Machtteilung mit den Tamilen – durchringen konnte. Mitte Juni 2005 schied die JVP schließlich aus der Regierung aus, nachdem die Präsidentin ohne Absprache ein P-TOMS Abkommen mit der LTTE unterzeichnete. Die inhaltliche Ausformung zeigte jedoch, dass das Abkommen keinen Wandel des singhalesischen Sicherheitsmusters darstellte: Der Verteilungsmechanismus war nach Protesten buddhistischer Mönche auf ein Jahr und mit Blick auf die Verwendung eng begrenzt worden. Ferner wurde bekannt, dass die Präsidentin gleichzeitig in Großbritannien, Serbien und Uruguay neue Kriegsgeräte orderte.<sup>49</sup>

Die Sicherheitsprämissen beider Seiten wurden insbesondere deutlich im Umgang mit den paramilitärischen Gruppen, die neben der LTTE-Guerilla und den Sicherheitskräften im Nord-Osten operierten.<sup>50</sup> Diese waren für die LTTE eine akute (Attacken auf LTTE-Kämpfer) und dauerhafte (Infragestellung des Alleinvertretungsanspruch) Sicherheitsbedrohung. Präsidentin Kumaratunga und das Militär kooperierten mit diesen Paramilitärs, vor allem mit dem seit März 2004 von der LTTE abtrünnigen Ost-Kommandeur Karuna. Karuna war für die LTTE die größte Sicherheitsbedrohung, weil er ideologisch die Kohärenz der gesamten Organisation in Frage stellte und sich mit mehreren Hundert Kadern abgesetzt hatte. Der abtrünnige Kommandeur gründete inzwischen im Osten eine eigene Partei, die *Tamileela Makkal Viduthalai Puligal* (= Tamil People's Freedom Party, TMVP). Seither häuften sich dort, insbesondere um Batticaloa, Morde an Kombattanten und Sympathisanten beider tamilischen Gruppen. Offiziell dementierte Kumaratunga zwar jede Verbindung; verschiedene Vorkommnisse offenbarten aber, dass das Militär mit Karuna kooperierte.<sup>51</sup> Die LTTE forderte – zur Wiederherstellung ihrer direkten Sicherheit – wiederholt eine Entwaffnung der Paramilitärs und ein Ende der Zusammenarbeit. Die Regierung lehnte dies aber mit dem Hinweis, es sei nicht ihre Aufgabe, für die Sicherheit der LTTE zu sorgen, ab. In Selbstverantwortung eliminierte die LTTE seither noch

49 Ferner erklärte das Verfassungsgericht nach Klage der JVP wesentliche Teile des JM-Abkommens für verfassungswidrig, weil es die zentrale Machtteilung in Frage stelle.

50 Während der 1970er Jahre hatte sich ein halbes Duzend kleinerer tamilischer Guerilla-Gruppen gebildet, die mit der LTTE z.T. in scharfer Konkurrenz standen. Ferner hatte die Regierung singhalesische und muslimische Siedler „zur Selbstverteidigung“ bewaffnet.

51 So werden in der Nähe von Armeestützpunkten immer wieder Mitglieder der LTTE von Paramilitärs angegriffen und ermordet (s. die Ermordung von E. Kaushalyan, LTTE-Führer des politischen Flügels für Batticaloa-Ampara).

massiver tamilische Opponenten, Angehörige der Sicherheitsdienste und vermeintliche Spitzel. Ferner ging sie dazu über, zivile „Verteidigungskräfte“ in jeder Stadt aufzubauen.<sup>52</sup>

Die beidseitige negative und antagonistische Perzeption von Sicherheit bewirkte eine Eskalation des Sicherheitsdilemmas. Dieses war einerseits den veränderten Rahmenbedingungen (Wechsel der Akteure aufseiten der Regierung) wie den unverändert fortbestehenden gegensätzlichen Sicherheitskonstruktion geschuldet. International konnte man die Eskalation nur wenig entschärfen. Vor allem die LTTE fühlte sich weiterhin international isoliert, u.a. weil sie wegen ihrer fortgesetzten Praxis der Rekrutierung von Kindersoldaten verwarnt wurde.<sup>53</sup> Auf den Friedensprozess wirkte sich diese durchaus berechtigte Kritik allerdings negativ aus, da sie die Perzeption der LTTE, auf sich und die eigene militärische Stärke gestellt zu sein, vertiefte; zumal das Verhalten der Regierungsseite kaum kritisiert wurde.

## 4. Eskalation des Sicherheitsdilemmas ab 2005

### 4.1 Die Auswirkungen der Präsidentschaftswahlen auf die Sicherheitslage

Im November 2005 kam es zu einem erneuten Wechsel der Akteure.<sup>54</sup> In den Präsidentschaftswahlen konnte Mahinda Rajapakse, Parteikollege der Präsidentin und bis dato Premier, die Wahlen gewinnen.<sup>55</sup> Nach dem Sieg Rajapakses trat das bislang bestenfalls informell geltende militärische Primat auf beiden Seiten in den Vordergrund. Dementsprechend bildeten der Friedensprozess und die innere Sicherheit des Landes die stärksten Wahlkampfthemen. Der öffentliche Diskurs zielte auf die „Vernichtung der Terroristen“ und die „Aufrüstung der Armee zum Befreiungsschlag“ – 2004 sprach Kumaratunga nur davon, „den Ausverkauf des Landes zu stoppen“ und die „Selbstverteidigung zu sichern“. Ferner war Rajapakse nicht nur eine Wahlkampfallianz mit der JVP, sondern auch mit der radikal-religiösen Partei der Jathika Hela Urumaya (= National Heritage Party, JHU) ein-

52 Im Januar 2006 beginnt die LTTE mit kriegsvorbereitenden Maßnahmen. So genannte „Rural Self-Defence Trainings“ und Drill-Programme wurden im Osten abgehalten, Studenten der Universität Jaffna erhielten ein Briefing des politischen Kopfes der LTTE über die Vorbereitung auf einen möglichen Krieg. Sechs Punkte deuten zumindest darauf hin, dass die LTTE sich auf einen neuen Krieg vorbereitet: 1. Massives weltweites Fundraising, 2. Serien von Attacken gegen die Sicherheitskräfte, 3. Verlegung von pro-LTTE-Familien in den Vanni und der Aufruf, Jaffna zu evakuieren, 4. Schließung der Jaffna-Universität, 5. Ignorieren der Warnungen der Co-Chairs, 6. Äußerungen, dass die Mediation der Norweger an der Situation wenig ändern wird. *Asian Tribune*, 11. und 13. Januar 2006.

53 Kofi Annan kündigte an, die LTTE wegen der Rekrutierung mit Sanktionen zu belegen.

54 World Socialist Web Site, N.N., Sri Lankan Supreme Court orders new Presidential Elections, 10. August 2005.

55 Mit 4.887.152 Stimmen und 50,29 Prozent lag Mahinda Rajapakse mit 180.000 Stimmen vor seinem Opponenten Ranil Wickremasinghe (4.706.366 Stimmen und 48,43 Prozent). Für beide Kandidaten zahlten sich die Wahlallianzen aus. So konnte die UPFA insbesondere im Süden Mehrheiten erreichen, die UNP im Nord-Osten, in den Plantagen und in Colombo.

gegangen<sup>56</sup> und wurde von den Nationalisten im Süden des Landes und durch den buddhistischen Klerus unterstützt.<sup>57</sup> Mit deren Forderungen war – und das schlug sich auch in der Perzeption der LTTE nieder – einer neuen Verhandlungsrunde jegliche inhaltliche Basis entzogen. Innerhalb weiter Teile der Zivilgesellschaft und der Politik herrschte immer noch die Meinung vor, dass alle Tamilen Tiger waren. Folglich bedeutete eine Machtteilung mit den Tamilen selbst für die Befürworter einer Dezentralisierung die Konzentration der Macht in den Händen der Guerilla. Ein weiterer Teil der Bevölkerung war sowohl gegen Verhandlungen mit der LTTE wie die Machtteilung mit der tamilischen Gruppe. Von ihrer Seite wurde die Existenz eines ethnischen Problems geleugnet und Dezentralisierung gleichgesetzt mit Separation.<sup>58</sup>

Offiziell forderte Rajapakse nach seiner Wahl neue Gespräche, rückte aber zugleich nicht von seinem Konzept des singhalesisch dominierten Einheitsstaates, einer Revision des Waffenstillstandsabkommens, der Hilfgelderverteilung und der Neubestimmung der norwegischen Vermittlerrolle ab.<sup>59</sup> Das war ebenso wenig vertrauensbildend wie seine nachfolgenden politischen Maßnahmen.<sup>60</sup> Gegen den Willen des Parteipräsidiums ernannte Rajapakse seinen Chef-Koordinator Mangala Samaraweera – einen JVP-freundlichen Hardliner – zum Außenminister. Für die Tamilen war dies umso bedeutsamer, als der Amtsvorgänger unter Präsidentin Kumaratunga noch ein Tamile gewesen war. Nach dessen Ermordung im August 2005 war kein entsprechend hohes Amt wieder mit einem Tamilen besetzt worden.

„By depriving a Tamil from being nominated as a member of Parliament by Rajapakse’s short – sighted policy he has failed to take one more Tamil on board to win the confidence of the Tamils. Also it clearly indicates that he had simply trampled the interest of the Tamils of this country in favour of one his cronies.“<sup>61</sup>

56 Das Abkommen zwischen Rajapakse und der JVP beinhaltet u.a. folgende Punkte: Revision des Hilfgelderverteilungsmechanismus, Infragestellung der LTTE als Alleinvertretung der Tamilen, Festschreibung des Einheitsstaates, Revision des Waffenstillstandsabkommens, Entlassung der Norweger als Vermittler.

57 Veröffentlichung der Sekretäre von Asgiriya, Malwatte und Amrapura Nikaya. Asian Tribune, 17. November 2005.

58 World Socialist Web Site, N.N., Danger of War at Centre of Sri Lankan Election Campaign, 14. September 2005.

59 „My government will give the highest priority to launch a new peace process to usher in a lasting peace through a political solution to the country’s National Question. My government is ready to have direct talks with the LTTE [...]“, Sunday Observer, 27. November 2005; BBC News, 28. November 2005.

60 Allein die formell-institutionelle Seite deutet auf eine Radikalisierung des Kurses. Rajapakses UPFA verfügt nur über 70 von 225 Sitzen des Parlaments. Davon entfallen 60 auf die Sri Lanka Freedom Party (SLFP) selbst, die verbleibenden zehn auf die kleinen Koalitionspartner National Unity Alliance (NUA), Lanka Sama Samaja Party (LSSP), Communist Party of Sri Lanka (CPSL) und der Eelam People’s Democratic Party (EPDP). Nur mit Unterstützung der 39 JVP-MP’s und der zehn JHU-Abgeordneten hat der Präsident eine stabile Mehrheit im Parlament.

61 Asian Tribune, 18. Dezember 2005. In diesem Sinne ist auch zu bewerten, dass dem Führer des tamilischen Ceylon Workers Congress CWC, Thondaman, der bei den Präsidentschaftswahlen Wickremasinghe unterstützt hatte, alle zusätzlichen Maßnahmen zu seiner persönlichen Sicherheit entzogen wurden.

Ähnlich verfuhr Rajapakse bei der Wahl des Premiers: Anstelle des gemäßigten Anura Bandaranaike erhielt Ratnasiri Wickremnayake, ein scharfer Sinhala-Buddhist, das Amt.<sup>62</sup> Zum Verteidigungsberater wählte Rajapakse G.B. Kotakedeniya, einen früheren Stellvertreter des Generalinspektors der Polizei und leitendes Mitglied der klerikalen JHU. Der neue Friedensbeauftragte John Guneratne hingegen war nur ein politisches Leichtgewicht. Die verhandlungsorientierte Rhetorik Rajapakses war unter diesen Vorzeichen für die Sicherheitsbeobachtung der LTTE nur noch Makulatur. Die singhalesische Seite präferierte ein Konzept der ethnischen Dominanz und der Zurückdrängung der LTTE, ein Ziel, das notfalls auch militärisch durchgesetzt werden sollte.

Auf Grund dieser politischen Maßnahmen überwog selbst aufseiten der moderateren parlamentarischen Tamilen der Eindruck, dass eine Verhandlungsoption immer unwahrscheinlicher wurde, zumal auch der unter Kumaratunga ausgehandelte Verteilungsmechanismus des Tsunami-Hilfsfonds Mitte August 2005 wieder zurückgenommen wurde.<sup>63</sup> Entsprechend skeptisch standen die Tamilen dem neuen Präsidenten gegenüber: „Mr. Rajapakse has categorically ruled out a weakening of the unitary nature of the state and rejected the notions of homeland and self-determination – the cardinal principles, from a Tamil perspective, on which a permanent solution must be reached.“<sup>64</sup> Auf welche Gruppe sich die Minderheitenpolitik des neuen Präsidenten primär beziehen würde, machte er in seinem Wahlprogramm deutlich, in dem wenig über den tamilischen Norden zu finden war, dafür aber starke Unterstützung des ethnisch-gemischten Ostens offeriert wurde, den die Regierung seit den 1950er Jahren mit Singhalesen zu kolonialisieren versuchte.<sup>65</sup> Die ethnische Heterogenität des Ostens stellte für das Sicherheitskonzept der LTTE eines der größten Probleme dar, weil die im Osten lebenden Muslime und Singhalesen ein vereinigtes tamilisches Homeland ablehnten und sich keiner tamilischen Dominanz unterordnen wollten.

Die Aussagen der TNA-Parlamentarier und ihr Wahlerfolg wiesen darauf hin, dass die Sicherheitskonzepte der Guerilla, trotz ihrer zum Teil auf Eskalation angelegten Haltung, immer noch von einem großen Teil der Bevölkerung gestützt wurden. So erklärte der Zusammenschluss der parlamentarischen Tamilen:

„Both Sinhala parties have been in the government before and after periods of war in the North East. If we carefully examine the conduct of these Governments towards Tamil peo-

62 Wickremnayake ist für seine guten Kontakte zum buddhistischen Klerus bekannt und besetzte in der Vergangenheit verschiedene Ministerposten: So war er Minister für buddhistische Angelegenheiten und Außenminister unter Kumaratunga. Er gehört zu einer Gruppe Abgeordneter, die die Anti-Konversionsgesetze (Gesetze zum Verbot der Konversion von Buddhisten) vorantreiben wollen.

63 Die JVP hatte gegen P-TOMS vor dem Verfassungsgericht geklagt und gewonnen. Sunday Observer, 16. Oktober 2005. World Socialist Web Site, Dias, Wije, Sri Lankan Court ruling over Aid Deal: a Sign of sharp political Tensions, 17. August 2005.

64 Tamil Net, 4. November 2005, unter: [www.tamilnet.com/art.html?catid=79&artid=16258](http://www.tamilnet.com/art.html?catid=79&artid=16258).

65 Im Osten leben ca. ein Drittel Tamilen, ein Drittel Muslime und ein Drittel Singhalesen. Während der Norden schon als verloren abgeschrieben ist, versprach Rajapakse u.a. eine neue Verbindungsstraße zwischen Tangalle-Colombo und den Ausbau des Hafens (Olivil). Sunday Observer, 30. Oktober 2005.

ple we are forced to conclude that we cannot place our trust on either of the parties or their candidates. We are convinced that Tamil people will not benefit by showing any interest in the forthcoming Sri Lanka Presidential elections. The past bitter experiences of the ordinary Tamil people are such that they will never forget their sufferings, especially under military subjugation, both during their non violent struggle as well as during armed confrontation. It is not surprising that the Tamil people have lost all interest in the forthcoming Sri Lankan presidential elections. The experience the Tamils have had over five decades, has taught them neither to trust the leading Sinhala political parties nor to have faith in their leadership.“<sup>66</sup>

Festgestellt werden musste aber auch, dass die LTTE selber nichts tat, um die Perzeption der Regierung, die sie als Terroristen ansah, zu widerlegen. Im Gegenteil, die Guerilla setzte ihre Attacken gegen Opponenten, Sicherheitskräfte und Zivilisten fort. Sie gab ferner keine Wahlkampfempfehlung (wie noch 2001 für Wickremasinghe), sondern rief zum Boykott der Präsidentschaftswahlen auf.<sup>67</sup> Drohungen und Militanz bestimmten den Diskurs auf LTTE-Seite: Bei der Ansprache zum „Heldengedenktag“ im November 2005 stellte Prabhakaran der Regierung quasi ein Ultimatum. Er drohte für den Fall, dass bis Ende des Jahres keine akzeptablen Verhandlungsvorschläge vorgelegt würden, mit der Rückkehr zum Krieg. Nur die Einigung mit Präsidentin Kumaratunga über die Verteilung der Hilfsgelder hätte die Rebellen optimistisch gestimmt, dass eine politische Regelung des Konflikts möglich sei. Durch die neue Koalition würde dies nun in Frage gestellt, so der Führer der Rebellen.<sup>68</sup> Alle bisherigen Gespräche bewertete er als Täuschung. Trotzdem bestand ein wesentlicher Unterschied in den Sicherheitskonstruktionen beider Parteien im Vergleich zu denen, die Anfang der 1980er Jahre beim Ausbruch des Bürgerkrieges vorherrschend waren: Die Legitimität des Kriegs als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ war durch die lange Phase des relativen Friedens und die Anwesenheit der internationalen Akteure gesunken. Gewalt als Mittel der Durchsetzung von Sicherheit stellte nur noch die zweitbeste Option dar.

66 R. Sampanthan, parlamentarischer Führer der Tamil National Alliance im Tamil Net, 10. November 2005. [www.tamilnet.com/art.html?catid=13&artid=16298](http://www.tamilnet.com/art.html?catid=13&artid=16298). Asian Tribune, 11. November 2005. Zur Apathie der Wähler bei der insgesamt national vierten Wahl innerhalb von sechs Jahren s.a. BBC News, 14. und 17. November 2005.

67 Asian Tribune, 6. November 2005. The Time, 12., 14., 15. und 28. November 2005. Während in den singhalesischen Gebieten die Wahlbeteiligung bei durchschnittlich 80 Prozent lag, war das Wähleraufkommen im Nord-Osten sehr gering (Jaffna 1,21 Prozent, Vanni 34,3 Prozent, Trincomalee 63,84 Prozent, Batticaloa 48,51 Prozent, Digmadulla (Ampara) 72 Prozent). Hätte auch in diesen Gebieten der Durchschnitt bei 80 Prozent gelegen, wären zwischen 500.000 und 1.000.000 Stimmen mehr möglich gewesen. Das erscheint umso bedeutungsvoller, als in allen Nord-Ost-Distrikten die UNP die Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

68 Die Tageszeitung, 29. November 2005. Zwar hatte Prabhakaran auch schon bei den letzten Wahlen mit Krieg gedroht, doch nun kam eine Intensivierung in der Aufstockung von militärischer Hardware und der Rekrutierung von Kombattanten hinzu.

## 4.2 Der unerklärte Krieg

Keine der Konfliktparteien kündigte daher den Friedensvertrag auf, obwohl die Situation bis Anfang 2006 – zwar territorial und situativ begrenzt – weiter eskalierte. Besonders deutlich war dies in den sicherheitssensiblen Gebieten im Nord-Osten und in der Hauptstadt Colombo. Die zahlreichen Gewaltakte auf beiden Seiten bildeten seither den Focus der gegenseitigen Sicherheitswahrnehmung.

In Trincomalee und Batticaloa (Ost-Provinz) stieg spätestens seit Mitte Januar 2006 die Gewalt exponentiell. Die Wahrnehmung der tamilischen Seite war, dass die Gewalt von den Sicherheitskräften ausging und die Regierung wenig tat, um die Radikalen und Nationalisten zu stoppen: Anfang Januar 2006 wurden fünf Studenten in Trincomalee durch Kopfschüsse der Special Task Force<sup>69</sup> regelrecht hingerichtet.<sup>70</sup> JVP-Abgeordnete initiierten ferner anti-tamilische Demonstrationen in Trincomalee.<sup>71</sup> Weiter erklärte die JVP im staatlichen Fernsehen, der Waffenstillstand sei Verrat an der Nation und eine einheitliche Staatsstruktur Voraussetzung jeden Verhandlungsvorschlages.

Die Veränderung der Sicherheitsperzeption – weg von einer verhandelten Lösung, hin zu einer militärischen – wurde besonders deutlich aufseiten des Militärs. Die Straße von Habarana nach Trincomalee, deren Kontrolle durch die Sicherheitskräfte nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens nur noch sporadisch gewesen war, wurde ab Juni 2006 wieder von ca. 7.000 Soldaten bewacht – nahe Trincomalee in Abständen von 200 Metern. Die zunehmende Unsicherheit führte auch zu steigenden Fluchtbewegungen: Von Anfang bis Mitte 2006 flohen ca. 3.000 Personen nach Tamil Nadu, davon 95 Prozent aus der Region Trincomalee.<sup>72</sup> In Batticaloa wurde der tamilisch-katholische Abgeordnete Joseph Pararajasingham (TNA) während der Christmette erschossen. Der sri lankische Geheimdienst und paramilitärische Milizen (Karuna) wurden für das Attentat verantwortlich gemacht. Überläufer berichteten, dass nicht nur der Sicherheitsdienst mit den Dissidenten kooperiere,<sup>73</sup> sondern sogar Minister des nationalen Kabinetts.<sup>74</sup>

69 Die Special Task Force ist ein paramilitärischer Arm der Polizei, der 1983 gegründet wurde.

70 Jim McDonald, Sri Lanka-Spezialist von Amnesty International, in: Asian Tribune, 1. Februar 2006/FAZ, 11. November 2006. Stellungnahme D.B.S. Jeyaraj in der Tamil Week, 15. Januar 2006. Ferner missbrauchten und ermordeten Angehörige der Marine mindestens eine tamilische Frau im Osten. Virakesari, 14. Januar 2006

71 Asian Tribune, 5. Januar 2006.

72 Sunday Leader, 11. Juni 2006, Asian Tribune, 12. Juli 2006. In den Flüchtlingscamps in Tamil Nadu wiederum rekrutierten anti-LTTE-Paramilitärs neue Kämpfer angeblich mit Unterstützung des indischen Geheimdienstes.

73 Nach glaubhaften Angaben der beiden Kader sind insbesondere „[...] Sri Lankan Army Intelligence commanders, Capt. Sureshkumara and Capt. Abeyaratne [...] the ones who dealt with Pillayan and Iniyabathary (Lokalkommandeure der Karuna-Gruppe, M.W.) directly. Transport arrangements, arms and ammunition supplies are arranged by the Sri Lanka Army Intelligence [...]. However, the funding was being provided by an external source through a key operative Uruthira. They were receiving 30.000 rupees as salary, the cadres said adding that the lower ranks were paid at least 10.000 per month.“ Tamil Net, 12. Dezember 2005.

In Jaffna (Norden) war eine analoge Entwicklung zu konstatieren: Nach den Angriffen der LTTE auf Sicherheitspersonal im Osten folgte im Gegenzug eine Verhaftungswelle angeblicher LTTE-Aktivist\*innen im Norden,<sup>75</sup> bei der schwarz maskierte Sicherheitskräfte Zivilisten misshandelten und verhafteten – ein Teil von ihnen blieb bis heute verschwunden.<sup>76</sup> Auf der Jaffna-Halbinsel stationierte die Armee 25.000 Mann und installierte damit ein Okkupationsregime, das gekennzeichnet war von ständigen Straßensperren, Kontrollpunkten, Patrouillen und provokativen Durchsuchungsaktionen. Friedliche Proteste von Studenten (Jaffna Universität) und Taxifahrern wurden von der Polizei mit Schusswaffen und Schlagstöcken beantwortet.<sup>77</sup>

Auch in der Hauptstadt Colombo zeigten sich kriegsähnliche Zustände: Schwer bewaffnete Soldaten von Armee, Luftwaffe und Marine und 1.500 Polizisten durchkämmten bereits am 30. Dezember 2005 (Operation *Strangers Night II*) die vorrangig tamilischen Wohnbezirke Pettah, Fort und Maradana, Wellawatta, Bambalapitiya, Dematagoda, Kotahena, Borella, Kirulapona, Modera, Maligawatta, Narahenpita und Kolonnawa. Über 900 Personen, darunter 105 Frauen, wurden festgenommen, verhört und zum Teil misshandelt.<sup>78</sup> Da seit der Ermordung von Außenminister Kadirgamas wieder die Notstandsbestimmungen galten (seit 13. Juli 2005 in Kraft), besaßen die Streitkräfte auch rechtliche Rückendeckung. Bei den Durchsuchungen handelte es sich um die erste große offizielle Operation seit Unterzeichnung des Waffenstillstandes. Neu an der Entwicklung war für die Tamilen u.a., dass sich die Sicherheitskräfte wieder offen an Gewaltakten beteiligten. Die Ermordung des populären Journalisten Sivaram im Regierungsviertel von Colombo verdeutlichte, dass der Vigilantismus bis in die obersten Ebenen der Sicherheitskräfte eingedrungen war und sich auch wieder offen zeigen durfte.<sup>79</sup> Der Entschluss der Regierung, gegen die LTTE vorzugehen, wurde jedoch bereits im August 2005 gefasst. Zu diesem Zeitpunkt hatten offiziell noch Verhandlungen im Vordergrund gestanden. Inoffiziell wurden jedoch bereits Listen mit tamilischen „Paramilitärs“ zusammengestellt und Gelder an tamilische anti-LTTE Organisationen ausgegeben, um Auftragsmörder anzuwerben.<sup>80</sup> Aus diesen Vorfällen zog die tamilische Seite ihre negativen Rückschlüsse auf die Motive der Singhalesen.

74 Gemeint waren Minister A.L.M. Athallah, Douglas Devananda and Maithripala Sirisena. Tamil Net, 12. Dezember 2005.

75 Der Norden gilt als Rückzugsraum der LTTE.

76 Virakesari, 9. Januar 2006.

77 In groß angelegten Durchsuchungsaktionen wurden ferner zahlreiche Privathäuser und tamilische Presseorgane auf Jaffna durchsucht. Virakesari, 8. Dezember 2005.

78 Die Tageszeitung, 31. Dezember 2005/2. Januar 2006; Asian Tribune, 7. Januar 2006.

79 UTHR (J), The Curse of Impunity. Defiance, Hope and Betrayal – The Times of Sivaram. Part II, Special Report Nr. 19, September 2005. UTHR (J), Terrorism, Counterterrorism and Challenges to Human Rights Advocacy, Special Report Nr. 20, April 2006. World Socialist Web Site, Parwini Zora, Sri Lankan Government imposes Police State Measures in Colombo, 27. September 2006.

80 Diese Killer-Einheiten erhielten aber erst ab Dezember 2005 (nach einer Reihe von weiteren Morden und Landminen-Anschlägen auf die Armee) grünes Licht: Ihre Aufgabe war es, nicht nur LTTE-Kader/Sympathi-

Die Beobachtung der singhalesischen Seite wiederum war, dass die LTTE sich auf einen neuen Krieg vorbereitete. Sie rekrutierte neue Soldaten, bildete Kinder in Schnellkursen zu Guerilleros aus, versuchte Waffen in den Nord-Osten zu schmuggeln und verübte Anschläge im Nord-Osten und in Colombo: Am 4. Dezember 2005 starben sieben Soldaten bei einem Anschlag in Jaffna, acht Soldaten am 6. Dezember in Nallur, 13 Marines durch eine Mine am 23. Dezember in Mannar, am 28. Dezember gab es ein offenes Feuergefecht zwischen LTTE-Kämpfern und Regierungssoldaten – das erste seit Beginn des Waffenstillstandes. Eine Woche zuvor war ein Armeehubschrauber über LTTE-kontrolliertem Gebiet abgeschossen worden. Elf weitere Soldaten kamen bei einer Minenattacke am 28. Dezember in Jaffna um, 15 Marines wurden getötet als am 7. Januar 2006 ein Kontrollschiff der Marine vor der Küste Trincomalees gesprengt wurde, nochmals neun Marines am 12. Januar. Vor allem diese letzte Aktion erinnerte die singhalesische Seite an das Geschehen vom April 1995, als LTTE-Kader den Marinehafen von Trincomalee infiltriert, zwei Schiffe in die Luft gesprengt und zehn Marinesoldaten getötet hatten. Der Anschlag galt als Auftakt des dritten Eelam Kriegs<sup>81</sup>. Zudem verübte die LTTE verschiedene Anschläge auf Muslime und muslimische Einrichtungen. Im August 2006 ermordete die LTTE 100 angebliche muslimische Spione der so genannten Jihad-Gruppe im Osten.<sup>82</sup>

Auf diese offene Sicherheitsbedrohung durch die LTTE musste die Regierung reagieren: So erklärte Präsident Rajapakse Anfang Dezember 2005 auf einer Pressekonferenz, Sri Lanka „remain on war alert“, und gab den Sicherheitskräften die ausdrückliche Erlaubnis, alles zu tun, was nötig sei zur „Selbstverteidigung“<sup>83</sup>. „Unbedachte“ Äußerungen des Präsidenten, wie die Mitteilung, er werde auf diplomatischer Ebene zukünftig nur noch Sinhala sprechen, wurden von tamilischer Seite wiederum in eine Reihe mit den Sinhala-Only Gesetzen von 1956 gestellt.<sup>84</sup> Die lokale Colombo-Presse beschuldigte die LTTE in Propaganda-Kampagnen, wie zu Zeiten der ersten Eelamkriege, sie würde singhalesisches Gebiet an politisch, ökonomisch und zivil sensiblen Punkten infiltrieren. Unterstützt wurde dies durch Behauptungen der Armeeführung, die LTTE plane die Ermordung führender Poli-

santen zu ermorden, sondern auch Straftaten zu begehen, die der LTTE angelastet werden konnten. Der Entschluss, „auf niederer Ebene“ gegen die LTTE vorzugehen, fiel nach der Ermordung von Jaffna Police Superintendent Wijewardene Ende Juli 2005 und nach dem Attentat auf Kadirgamar. Vgl. UTHR(J), Terrorism, Counterterrorism and Challenges to Human Rights Advocacy, Special Report No. 20, 1. April 2006.

81 Eelam bezeichnet das angestrebte tamilische Homeland.

82 Sudaroli, 7. und 9. Dezember 2005. Ende März wurden zudem Pläne bekannt, dass die Regierung ein rein muslimisches Armee-Batallion für den Osten plane. Asian Tribune, 6. und 18. Dezember 2005; Sunday Observer, 4. Dezember 2005. „Muslims can thus never be loyal citizens of Tiger Eelam and in Tiger Eelam only loyal citizens are allowed. The LTTE attacks on Muslims are not aberrations; these are an integral part of that Tiger policy of absolute domination which is making the LTTE murder any fellow Tamil it suspects of disloyalty.“ Zur Ermordung der Muslime, in: Asian Tribune, 7. September 2006.

83 Asian Tribune, 18. Dezember 2005; BBC News, 17. Dezember 2005.

84 Sinhala-Only: Gesetz zur Einführung des Singhalesischen als alleinige Staatssprache, dem blutige Auseinandersetzungen zwischen den Ethnien folgten.

tiker, einschließlich des Präsidenten.<sup>85</sup> Die zahlreichen Minenattentate und Bombenanschläge der LTTE im Nord-Osten untermauerten diese Sicherheitsperzeption.

„Unfortunately, in Sri Lanka during these past three-and-a-half years of ceasefire, there have been several hundreds of such assassinations. [...] The continuing resort to killings is tragic evidence of a continuing militarised mindset, which believes in violence as having the ability to accomplish political objectives.“<sup>86</sup>

Die wechselseitige Bedrohung und negative Wahrnehmung der Sicherheitslage verstärkten auf beiden Seiten die bereits vorhandenen ethnisch-antagonistischen Muster und verhinderten kooperatives Handeln. Unter Wickremasinghe hatte es noch eine institutionalisierte Zusammenarbeit der Konfliktparteien in verschiedenen Komitees gegeben, die aber mit dem Kollaps der nationalen Friedensgespräche beendet worden war. Unter diesen Umständen konnte auch der Einfluss der internationalen Akteure die Sicherheitslage nur wenig stabilisieren oder wirkte sich sogar gegenteilig aus (vgl. Kapitel 4.3).

### 4.3 Die Entwicklung im Sicherheitssektor

Durch die Analyse des wichtigsten Sicherheitssektors, des Militärs, lässt sich noch einmal die veränderte Sicherheitswahrnehmung beider Seiten fokussieren: Aus Sicht der LTTE fand unter Rajapakse ein Wechsel weg von einer defensiven hin zu einer militärisch-offensiven Sicherheitsstrategie statt. Sichtbar wurde dies unter anderem in der Neubesetzung des militärischen Establishment (insbesondere in den Operationsgebieten im Nord-Osten). Der stellvertretende Chef der Marine, Sarath Weerasekera, der bekannt war für seine aggressive und harte Linie gegenüber der LTTE, wurde als General-Direktor über 25.000 Homeguards (= bewaffnete Zivilisten) eingesetzt, die die Armee unterstützen sollten. Aus gut unterrichteten Regierungskreisen verlautete zudem Ende Mai 2006, dass die Regierung ein neues Gesetz (den „Patriotic Act“) plante. Dies sollte eine strenge Medienzensur, vereinfachte Unterdrückung der Opposition und vor allem eine Zwangsrekrutierung ermöglichen.<sup>87</sup> Als neuen Armee-Kommandeur ernannte der Präsident einen weiteren Hardliner, Lt. General Sarath Fonseka, der in der Vergangenheit eine Reihe von Operationen gegen die LTTE ausgeführt hatte. Fonseka erklärte schon in seiner ersten Pressekonferenz indirekt, dass er eine härtere Gangart gegen die LTTE durchsetzen wolle.<sup>88</sup> Ziel der Armee sei es „[...] [to] achieve a ‚honorable peace‘. That can only mean the

85 Vgl. BBC News, 31. Dezember 2005; Asian Tribune, 7. Januar 2006; Sunday Observer, 9. und 23. Juli 2006.

86 J. Perera, North and South: No More Separation? In: Lanka Monthly Digest, Dezember 2005.

87 World Socialist Webside, Nanda Wickremasinghe/K. Ratnayake, Sri Lankan Government Drafts New Patriotic Act in Preparation for War, 25. Mai 2006.

88 „Fonseka’s comments are a further indication that the military is increasingly acting as an independent political force, defending its own interests. In the course of the brutal 20-year war, the armed forces have been expanded to become one of the largest in the region on a per capita basis. The officer caste, which is deeply imbued with Sinhala chauvinism, is hostile to any compromise with the LTTE or concessions to the democratic rights of the Tamil minority. With Rajapakse as president and defence minister, the military hierarchy feels it can act with impunity.“ In: Asian Tribune, 5. Januar 2006.

complete capitulation of the LTTE [...]“.<sup>89</sup> Offen gab er zu, die Armee aufzurüsten: „[...] I know they (die LTTE, M.W.) are building up the capacity of their military [...] We also are building up our forces. But building up a legitimate army is very different from building up a terrorist force.“ Aus diesen Äußerungen wurde noch einmal die singhalesische Sichtweise klar: Die eigenen Sicherheitsanstrengungen sah man als Akt der Selbstverteidigung: „We do not build ourselves militarily: Not to war but to resist!“<sup>90</sup> Das Sicherheitsdilemma ergab sich aus der negativen Perzeption der aktuellen Bedrohungslage und der identitären Konstruktion der Armee als Verteidiger des singhalesischen Volkes.

Nach der Wahl Rajapakses sandte ihm die Militärführung eine Liste mit „Vorschlägen“, die einer Revision des Waffenstillstandsabkommens gleichkamen.<sup>91</sup> Zunehmenden Einfluss und Geltungswillen demonstrierte das Militär, als dessen Stabsstelle nach der Ermordung des populären tamilischen Politikers Pararajasingham in Widerspruch zur offiziellen Regierungserklärung die LTTE für den Mord verantwortlich machte.

Diese nationale Entwicklung ging mit der Entwicklung auf internationaler Ebene einher. Anstatt Verhandlungen mit der LTTE zu intensivieren, suchte die singhalesische Regierung externe Verbündete. So bestellte sie in Pakistan militärisches Gerät und wollte mit Indien ein Verteidigungsabkommen abschließen.<sup>92</sup> Die tamilische Seite versuchte ihrerseits, Kontakte zur Regierung Tamil Nadus (indischer Bundesstaat mit überwiegend tamilischer Bevölkerung) herzustellen, um über sie Einfluss auf die indische Bundesregierung auszuüben. Dies nährte wiederum den alten Allianz-Verdacht der Singhalesen, dass sich sri lankanische und indische Tamilen zu einer Übermacht gegen sie verbünden wollten. Durch die jeweilige Interpretation der Motive des Gegners als „feindlich“ verschärfte sich das Sicherheitsdilemma. Die aktuelle Wahrnehmung der Parteien war damit jetzt fast wieder anschlussfähig an die ethnisch-antagonistischen Sicherheits- und Identitätskonstruktionen, welche zum Ausbruch des Bürgerkrieges führten und Gewalt (und nicht Verhandlungen) als Lösung des Konfliktes sahen.

#### 4.4 Das Potenzial von Verhandlungen innerhalb des Sicherheitsdilemmas

Bezugnehmend auf die eingangs gestellte Frage, ob Verhandlungen zu einer Deeskalation des Sicherheitsdilemmas beitragen können, sollen abschließend die letzten Verhandlungszyklen betrachtet werden. Ende Januar 2006 kam es zu einer vorübergehenden Entspan-

89 Asian Tribune, 30. Januar 2006.

90 Daily Mirror, 23. und 25. März 2006.

91 Der derzeitige Chef der bewaffneten Kräfte, Admiral Daya Sandagiri, führte 2003 unter Kumaratunga eine Reihe von provokativen Attacken gegen Frachtschiffe der LTTE, kurz bevor sich die Guerilla aus den Verhandlungen zurückzog.

92 Während die indische Zentrale öffentlich erklärte, beide Parteien sollten zum Verhandlungstisch zurückkehren, gab es bereits Ende 2003 Bestrebungen, eine militärische Kooperation im Bereich der Geheimdienste, Marine und Luftwaffe zu etablieren; für die sri lankanische Regierung ein wesentlicher Schritt, sich eine strategisch gute Position gegenüber der LTTE zu verschaffen. Der Deal wurde ausgesetzt, nachdem die Regierung Tamil Nadus intervenierte.

nung. Mit Hilfe norwegischer Pendel-Diplomatie gelang es, die Guerilla und Präsident Rajapakse auf ein Treffen (22.-23. Februar in Genf) zu verpflichten. Welche Inhalte behandelt werden sollten, wurde allerdings nicht festgelegt. Ziel war es, das Waffenstillstandsabkommen zu stabilisieren und die Eskalation der Gewalt zu unterbrechen.<sup>93</sup> Weiterreichende inhaltliche Fortschritte wurden von beiden Seiten zu diesem Zeitpunkt aber nicht mehr erwartet. Trotzdem konnte man sich darauf einigen, dass es keine „Einschüchterung, Gewalttaten, Entführungen oder Tötungen“ mehr geben und das Waffenstillstandsabkommen weiter Geltungskraft besitzen sollte. Zudem wurde eine neue Gesprächsrunde für den 19.-21. April 2006 vereinbart. Vorbedingung der LTTE war aber die Entwaffnung der Paramilitärs.<sup>94</sup> Nach einer Auseinandersetzung zwischen LTTE und Regierung über die Transportmöglichkeit zu den Verhandlungen (Nutzung von Armeehubschraubern), bestand die LTTE auf einer Vertagung der Gespräche (auf den 8. und 9. Juni in Oslo). Schließlich beschuldigte sie die Regierung der Zusammenarbeit mit den Paramilitärs und sagte die Verhandlungen wenige Stunden vor Beginn ab.

Der Rückzug der LTTE war u.a. die Konsequenz auf die perzipierten Motive der Rajapakse-Regierungskoalition: Schon die Zusammensetzung der Verhandlungsdelegation war für sie wenig Vertrauen erweckend gewesen, da es sich weitgehend um LTTE-Gegner handelte.<sup>95</sup> Die JHU plakatierte derweil in Sri Lanka ganze Bezirke mit Postern, auf denen Prabhakaran und Osama Bin Laden abgebildet und die mit dem Untertitel: „Yes Mr. Burns, there is one answer to terrorism“ versehen waren.<sup>96</sup> JVP und JHU appellierten an die USA, einzugreifen.

„[...] [because] the murderous tiger terrorism is the main challenge of the Sri Lankan people. The whole nation must be lined up against this terrorist threat. [...] the best course of action would be to destroy the terror headquarters [in Sri Lanka] which in turn would pave the way for America's security.“<sup>97</sup>

Parallel setzte Rajapakse eine „All-Parteien-Konferenz“ ein, die einen Dezentralisierungsvorschlag für den Nord-Osten erarbeiten sollte. Ihre Reichweite, Inhalte und ihr Zeitrahmen wurden nicht vereinbart. Das zur Unterstützung der Konferenz einberufene „Beratungskomitee des Präsidenten“ bestand aus elf Singhalesen und nur einem Alibitamilen; später wurde es auf drei Tamilen und einen Muslim aufgestockt.<sup>98</sup> Die tamilische

93 Neue Zürcher Zeitung, 22. Februar 2006.

94 Die Rebellen der LTTE erklärten sich bereit, keine Gewalttaten gegen Soldaten und Polizisten zu verüben. Im Gegenzug sicherte die Regierung zu, dass in den von ihr kontrollierten Gebieten nur Sicherheitskräfte Waffen tragen dürften.

95 Sie bestand aus vier Kabinettsministern unter Leitung von Gesundheitsminister N.S. de Silva, militärischen Vertretern (Marine Kommandeur W. Karannagoda und Polizeichef C. Fernando), dem stellvertretenden Verteidigungsminister und dem Rechtsanwalt H.L. de Silva. Dieser favorisiert ein neues Waffenstillstandsabkommen und vertrat die JVP und die JHU bei ihrer Klage gegen den Hilfsfond-Verteilungsmechanismus vor dem Verfassungsgericht.

96 Gemeint ist Nicholas Burns, stellvertretender US-Außenminister. Asian Tribune, 30. Januar 2006.

97 World Socialist Web Site, K. Ratnayake, Killing of Sri Lankan General, Another Sign of Civil War, 28. Juni 2006.

98 Insgesamt: 12 Singhalesen, 4 Tamilen und 1 Muslim. In: Asian Tribune, 28. Juli/15. September 2006.

Seite fragte sich, was hier erörtert werden sollte, da es in der Geschichte des Konfliktes nicht an Dezentralisierungsvorschlägen fehlte, wohl aber an deren Ein- und Durchsetzung.<sup>99</sup> Die Perzeption war, dass Rajapakse die Gremien ernannte, um international Friedensbereitschaft zu demonstrieren, nicht um Frieden zu machen.<sup>100</sup> Das bestätigte das Bild der Tamilen, dass Verhandlungen mit den Singhalesen zu nichts führten als zu gebrochenen Versprechen. Ferner richteten sich die Gremien gegen den Alleinvertretungsanspruch der LTTE.

Auf der anderen Seite stand die Wahrnehmung der singhalesischen Seite: Die LTTE hatte zum einen die Gespräche ausgesetzt und zum anderen begonnen, weitere schwere Attentate zu verüben, u.a. mitten in der Hauptstadt, auf den neuen Armeechef Fonseka.<sup>101</sup> Auf diese Bedrohung konnte die Regierung nur militärisch reagieren.<sup>102</sup> Seit dem Anschlag verschärften sich die Sicherheitsmaßnahmen in Colombo und im Nord-Osten, wo die Armee ihrerseits ausgedehnte Angriffe startete.<sup>103</sup> Auch singhalesische Zivilisten wurden nun wieder Opfer der LTTE. Ende Juni 2006 sprengte die Guerilla einen Bus der staatlichen Transportgesellschaft nahe Kebithigollewa in die Luft, wobei 67 Singhalesen starben.<sup>104</sup> Die Lage eskalierte erneut, als die LTTE wenige Tage später ein Selbstmordattentat verübte, bei dem einer der honorigsten Generäle Sri Lankas, Gen. Kulatunga, auf dem Weg zur Militärbasis südöstlich von Colombo in die Luft gesprengt wurde. Seither waren in Sri Lanka wieder alle Sicherheitsmaßnahmen in Kraft, die die Zeit vor dem Waffenstill-

99 Vorschläge waren zum Beispiel (1) B–C Pakt von 1957 (2) Annexure C von 1984, (3) Political Parties Conference Mitte 1986, (4) „Trifurcation“ Proposal vom November 1986 (Bangalore SAARC Summit Proximity Gespräche), (5) Chidambaram Vorschläge vom Dezember 1986, (6) Apex Council/Linkage Plan 1987, (7) Indo-Lanka Friedensvertrag und 13 Verfassungszusatz '87-'88, (8) DPA Manifest '88 (S. Bandaranaike Wahlplattform), (9) Mangala Moonesinghe Select Komitee Vorschläge 1993 (unterschrieben von S. Bandaranaike), (10) Präsidentin Kumaratungas „Union of Regions“ 1995 (11) die überarbeitete Version von 1997 und (12) Kumeratungas Constitutional Draft vom August 2000 (z.T. mit UNP-Inputs).

100 Ende Mai fand ein Treffen der Geber in Tokio statt. Diese hatten LTTE und Regierung ermahnt, Schritte zur Sicherung des Friedens zu unternehmen

101 Neue Zürcher Zeitung, 26. April 2006; BBC News, 26. April 2006; Asian Tribune, 27. April 2006.

102 Im Kabinett verteidigte Rajapakse die militärischen Schläge und erklärte seine Bereitschaft, gegen die LTTE vorzugehen. Bereits eine Stunde nach dem Attentat bombardierten Artillerie, Luftwaffe und Marine LTTE-Stellungen bei Trincomalee (Muttur, Sampoor); die A9, die wichtigste Verbindungsstraße vom Norden in den Süden, wurde geschlossen, in Trincomalee eine 14-stündige Ausgangssperre verhängt. In Jaffna herrschte ebenfalls Ausgangssperre, die Zugänge zu Mannar und Vavuiyar wurden gesperrt, in der Nähe von Mannar wurden Schiffe und Stellungen der LTTE durch die Marine angegriffen. Auch in der Hauptstadt wurden Wohngebiete von Tamilen durchsucht und mehrere Hundert Personen festgenommen. Asian Tribune, 27. April 2006; Sunday Times, 14. Mai 2006.

103 World Socialist Web Site, N.N., Escalating Killing of Civilians and Army Harassment in Northern Sri Lanka. Asian Tribune, 17. Mai 2006.

104 Es starben 67 Passagiere, über 50 wurden verletzt. Asian Tribune, 15. Juni 2006; Neue Zürcher Zeitung, 16. Juni 2006; Die Tageszeitung, 16. Juni 2006. Zu weiteren Anschlägen s. World Socialist Web Site, Wijesinghe, Fighting continues to escalate in Sri Lanka, 19. Juni 2006. Sunday Observer, 2. Juli 2006; Asia News, 19. und 20. Juni 2006; Tamil Net, 20. Juni 2006; Asian Tribune, 28. Juni 2006.

stand kennzeichneten.<sup>105</sup> Es kursierten sogar Gerüchte, dass die LTTE in Besitz einer „toxischen Spezialwaffe“ wäre.<sup>106</sup>

International setzte die Regierung daher auch ihren Isolationskurs der LTTE fort. Der Besuch von Außenminister Mangala Samaraweera in Washington Anfang Januar 2006 und Äußerungen der amerikanischen Außenministerin stärkten den Eindruck, dass die Regierungen ihre Zusammenarbeit (im Kampf gegen den Terror) ausbauen wollten.<sup>107</sup> Die USA verurteilten explizit die Provokationen der LTTE, ohne auf die der singhalesischen Sicherheitskräfte einzugehen. Öffentliche Äußerungen vom US-Staatssekretär Burns und dem damaligen amerikanischen Botschafter in Colombo, Jeffrey Lunstead, ließen darauf schließen, dass die Bush-Administration Pläne für den Fall eines neuen Krieges ausgearbeitet hatte.<sup>108</sup> Zwar erwogen die USA kein militärisches Eingreifen, wohl aber eine verstärkte monetäre und logistische Unterstützung der singhalesischen Seite.<sup>109</sup> Auch der designierte amerikanische Botschafter, Robert O. Blake, äußerte in seinem ersten öffentlichen Auftreten im Senat die Notwendigkeit einer „[...] political vision for the future of the country that provides room for the aspirations of all Sri Lankans, from all religious and ethnicities“. Die LTTE betreffend sagte er: „We (US) have made clear where we stand. We support the government of Sri Lanka and that nation’s territorial integrity. [...] The Tigers were designated a Foreign Terrorist Organization by our government in 1997, a status that remains in effect and richly deserved today [...]“.“<sup>110</sup> Dies klang noch einen Monat zuvor noch anders: Der frühere Ministerialdirektor für Süd- und Zentralasien, Richard Boucher, hatte von „Tamil aspirations’ Homeland“ und „areas of Tamil habitation“ gespro-

105 BBC News, 26. Juni 2006; Asian Tribune, 26. Juni/4. Juli 2006. Kulatunga war Kommandeur der Sicherheitskräfte im Vanni und leitete vor dem Waffenstillstandsabkommen wesentliche Operationen gegen die LTTE. World Socialist Web Site, K. Ratnayake, Killing of Sri Lankan General: Another Sign of Civil War, 28. Juni 2006. Asian Tribune, 27. Juni 2006.

106 Peter Chalk, internationaler Terrorexperte, in: Asian Tribune, 12. Juli 2006.

107 Zur Zusicherung Rices gegenüber dem sri lankanischen Außenminister, dass die amerikanische Regierung „wo auch immer“ gegen den Terror vorgehe. Asian Tribune, 25. September 2006.

108 „(Burns M.W) praised the Colombo government for its ‚restraint‘, while branding the LTTE as a ‚reprehensible group‘ that was ‚keeping the country on the edge of war‘. He declared that the LTTE would bear the ‚full responsibility‘ for any return to war. The LTTE, he said, had to choose between peace and continuing with its ‚repugnant policies of the past decade and a half.‘ Lunstead hingegen warnte die LTTE, „[...] it would pay a high price for any return to war. He said the LTTE would face ‚a more capable and more determined army‘, strongly hinting that the US would actively back the Sri Lankan armed forces in any conflict.“ In: Asian Tribune, 30. Januar 2006. Weiterhin sagte er: „[...] there is no moral equivalency between the LTTE and the government. The government is democratic and responsible.“ In: Sunday Observer, 29. Januar 2006.

109 So erhöhten die USA ihre jährliche Unterstützung für die sri lankanischen Streitkräfte auf US-\$ 500.000. In: Asian Tribune, 30. Januar 2006. Nach Berichten der Asia Times sollen die USA einen Kredit in Höhe von US-\$ 2,5 Million in 2004, US-\$ 496.000 in 2005 und US-\$ 1 Million 2006 haben. Ferner erhielt die Verhandlungsdelegation in Vorbereitung auf die Genfer Gespräche ein Intensivtraining innerhalb des Harvard Negotiation Project, ein Think Tank, der 1979 als Teil der Harvard Business School in den USA geformt wurde. In: World Socialist Web Site, Wijie Dias, Sri Lankan Government makes provocative Preparations for Geneva Talks, 21. Februar 2006.

110 Asian Tribune, 4. Juli 2006.

chen und damit die legitimen Ansprüche speziell der Tamilen und ein gewisses Recht auf Autonomie betont.<sup>111</sup> Die Ernennung Blakes und seine Äußerungen zeigten, dass die USA gewillt waren, die Krise in Sri Lanka im Rahmen ihrer Indienpolitik zu behandeln.<sup>112</sup> Blake war für diese Aufgabe bestens aufgestellt, da er als ehemaliger Stellvertretender Botschafter in Indien über exzellente Kontakte zur indischen Elite verfügte.

Unterstützung (und damit Sicherheit) erhielt die LTTE international nur noch stark eingeschränkt. Norwegen und die EU hielten sich bedeckt und räumten der Bedrohung des Friedens und den Verhandlungen Priorität ein. Die EU forderte zwar beide Parteien zur Einstellung der Feindseligkeiten auf,<sup>113</sup> fasste jedoch gleichzeitig den Entschluss, die Rebellen auf die Liste der terroristischen Vereinigungen zu setzen.<sup>114</sup> Seither verweigerte die LTTE die Zusammenarbeit mit den Monitoren aus den EU-Ländern. Indien, die Hegemonialmacht der Region, hielt sich mit der Parteinahme für eine Seite zurück. Sie forderte von beiden Konfliktparteien eine Rückkehr zu den Verhandlungen. Premier Manmohan Singh machte den sri lankanischen Regierungsvertretern bei verschiedenen Besuchen klar, dass Indien zwar ein großes Interesse an der Stabilität im südindischen Gebiet habe, aber nicht militärisch eingreifen werde und eine Rückkehr zum Krieg für keine gangbare Option halte.<sup>115</sup>

Das Vorgehen der internationalen Akteure verschärfte das Sicherheitsdilemma, weil es eine Perzeption und Konstruktion von Sicherheit unterstützte, die militärische Aufrüstung für die LTTE scheinbar überlebensnotwendig machte und auf Seite der Regierung legitimierte. So hielt sich die Kritik an der Regierung in Grenzen, z.T. konnte sie sogar neue Unterstützung finden, während über die LTTE Sanktionen verhängt wurden. Entsprechend konnte sich die Regierungsseite auf rhetorische Friedens-Akklamationen beschränken. Auf der anderen Seite führte der Druck auf die Guerilla zu deren militanter Gegenwehr.

Anfang Oktober 2006 konnten sich die Regierung und die LTTE schließlich nochmals auf neue Friedensverhandlungen einigen.<sup>116</sup> Diese Verhandlungen wurden für den 28. und 29. Oktober 2006 in Genf angesetzt. Inhaltliche Vorbedingungen wurden keine aufgestellt. Allerdings erklärten beide Seiten, dass sie sich trotz der Verhandlungen das Recht zu mili-

111 Asian Tribune, 4. Juli 2006; The Sun, 9. Juli 2006.

112 Kritischer Kommentar zur regierungsfreundlichen Politik der USA. Vgl. P. Leahy, Mitglied im Komitee für Außenpolitik des US-Senats am 18. September. Abdruck der Rede: Asian Tribune, 24. September 2006.

113 Die Regierung musste sich zumindest Vorwürfe gefallen lassen, dass sie mit Paramilitärs zusammenarbeite und einen mangelnden Willen zur Machtteilung mit den Minderheiten habe. Asian Tribune, 6., 17. und 31. Mai/5. und 7. Juni 2006.

114 Am 30. Mai 2006. Damit ist die LTTE in 31 Ländern gelistet – u.a. in der EU, in den USA, in Großbritannien, Australien, Indien, Kanada und Malaysia. World Socialist Webe Side, K. Nesa, European Union Ban on LTTE heightens Danger of War in Sri Lanka, 2. Juni 2006.

115 Asian Tribune, 23. und 28. Juni 2006. Indien hatte zu Beginn der 1980er Jahre zuerst zu vermitteln versucht und dann, Ende der 1980er Jahre, militärisch eingegriffen. Beides blieb erfolglos.

116 Asian Tribune, 6. und 10. Oktober 2006.

tärischen Aktionen vorbehielten. Die Verhandlungen selbst brachten keine Ergebnisse. Weder wurde in den Gesprächen eine inhaltliche Übereinkunft erzielt, noch konnten sich die Parteien über einen neuen Termin für weitere Gespräche einigen. Stattdessen beschränkten sich die Parteien auf gegenseitige Vorwürfe und Schuldzuweisungen.

## **5. Ausblick und Resümee**

Das Zusammenwirken von aktueller Sicherheitsperzeption und historisch antagonistischer Sicherheits- und Identitätskonstruktion der Parteien forcierte das Sicherheitsdilemma derart, dass man Ende Juli 2006 von einem de facto-Krieg sprechen musste: Die sri lankanische Regierung nahm schließlich die Blockade eines Wassertanks durch die Guerilla im Hinterland von Trincomalee zum Anlass, um ausgedehnte Luftangriffe auf LTTE-Stellungen in den „ungeklärten Gebieten“ zu starten.<sup>117</sup> Diese Operationen im Herrschaftsgebiet der LTTE waren ein klarer Verstoß gegen das Waffenstillstandsabkommen, auch wenn die Aktion der LTTE eine Provokation darstellte. Ähnlich wie unter Kumaratunga 1994 sollte hier ein „Krieg für den Frieden“ geführt werden, eine Strategie, die schon damals nicht erfolgreich war.<sup>118</sup> Auf informelle Versuche der LTTE, den Waffenstillstand wieder herzustellen, reagierte die Regierung ablehnend.<sup>119</sup> Die Rebellen versuchten ihrerseits, die Armee von strategisch wichtigen Punkten zurückzudrängen und verübten weitere Attentate in Colombo.<sup>120</sup> Offiziell wurde das Waffenstillstandsabkommen aber bis Mitte November 2006 von keiner Partei aufgekündigt.

Bis Anfang 2003 waren die Sicherheitsmuster beider Seiten auf Verhandlungen ausgerichtet. Internationale Unterstützung und die gemeinsamen Vereinbarungen des Waffenstillstandsabkommens garantierten eine Wahrnehmung von ausreichender Sicherheit für beide Parteien. Seit der Absetzung Wickremasinghes durch Präsidentin Kumaratunga verschlechterte sich die Situation kontinuierlich. Das lag weniger an der Ausgestaltung des Waffenstillstandsabkommens – mit dem beide Akteure relativ gut leben konnten – als vielmehr den Sicherheitswahrnehmungen der Konfliktparteien, die die Motive der jeweils anderen Seite zunehmend als Bedrohung ansahen. Beide suchten die Lösung ihres Sicherheitsproblems in der Militarisierung; Verhandlungen waren nur noch die zweitbeste Option. Aus dem Zusammentreffen von aktueller Sicherheitsperzeption und antagonistischer Sicherheitskonstruktion entstand ein Sicherheitsdilemma, das sich immer weiter ver-

117 Die „uncleared areas“ sind die im Waffenstillstandsvertrag gekennzeichneten LTTE-Gebiete. World Socialist Web Site, Sarath Kumara, Sri Lankan Government rejects LTTE Proposal To End Fighting, 8. August 2006; Asian Tribune, 27. und 31. Juli/1. August 2006; BBC News, 2. August 2006.

118 Vgl. Report des Militärexperthen Iqbal Athas in der Sunday Times, 27. August 2006.

119 Asian Tribune, 14. und 30. August 2006.

120 K. Loganathan, Tamile und stellvertretender Direktor des Friedenssekretariats der Regierung, wurde vor seinem Haus getötet; wenige Tage später der Direktor eines Special Task Force (STF) Training College und früherer STF-Chef im Osten. Schließlich verübte die LTTE einen Anschlag auf den pakistanischen Botschafter, B.W. Mohamed, im Zentrum von Colombo. Sunday Observer, 13. August 2006.

schärfte. Unter die Sicherheitsperzeption fielen Rückschlüsse auf Motive, die sich aus lokalen Konfrontationen und der militanten Rhetorik der jeweiligen Gegenseite ergaben. Als Sicherheitskonstruktion stand aufseiten der Regierung die Legitimation als „Verteidiger der singhalesischen Rasse und des Buddhismus“ sowie durch das staatliche Gewaltmonopol. Aufseiten der LTTE fand man die Legitimation als „alleinige Schutzmacht der Tamilen“, die per se als militärisch schwächerer Akteur umso mehr um ihre Sicherheit fürchten musste. Diese Vorstellungen und spezifischen Konstruktionen von Sicherheit bzw. dem „nationalen Interesse“ begrenzten auch den Spielraum der Verhandlungen. Nach der Übernahme der Friedensgespräche durch Präsident Rajapakse (und seiner radikalen Koalitionspartner) nahm auf der Seite der LTTE das Unbehagen zu, ihre Position primär aus den Verhandlungen definieren zu müssen. Stattdessen wuchs das Bedürfnis, sich über andere (u.a. militärische) Wege abzusichern. Der Aufbau von neuen Verwaltungsstrukturen, die Einführung von Zöllen und die Eliminierung politischer Gegner war der erste Schritt, um zumindest in der Nord-Ost-Provinz eine annehmbare Sicherheitsituation herzustellen. Dem folgte die nächste Eskalationsstufe mit Angriffen auf Sicherheitskräfte und schließlich auch auf Zivilisten. Problematisch war allerdings, dass die singhalesische Seite dies nun als Sicherheitsbedrohung betrachtete und ebenfalls aufrüstete.

Für die LTTE blieben Rajapakses Gesprächsangebote eine rhetorische Geste. Zudem war er offensichtlich bereit, seinen radikalen Partnern weitere Zugeständnisse zu machen. Ihre Forderungen konnten von der LTTE mit Blick auf die fünfzigjährige Konfliktchronik nur als kalkulierte Blockade der Verhandlungen gewertet werden. Die Zusammenarbeit von Sicherheitskräften und Paramilitärs wies in dieselbe Richtung, umso mehr, als eine dieser Gruppen, die Fraktion um den ehemaligen Ostkommandeur Karuna, die stärkste interne Sicherheitsbedrohung für die Rebellen darstellte. Für die Singhalesen lag die Verantwortung der gescheiterten Gespräche bei der LTTE, da sie sich neuen Verhandlungen verweigerte, in den von ihr kontrollierten Gebieten und in Colombo tamilische Opponenten, singhalesische Militärs und Zivilisten ermordete und Kindersoldaten rekrutierte.

Je mehr die Verhandlungen erst auf lokaler (Komiteeebene), dann auf nationaler (LTTE-Regierungsebene) und schließlich auf internationaler Ebene (Co-Chairs usw.) kollabierten, desto stärker eskalierte auch die Gewalt auf der entsprechenden Ebene. Mit Blick auf einen Verhandlungsfrieden erschien eine Demobilisierung der LTTE, wie sie international gefordert wurde, wenig hilfreich. Das instabile Gleichgewicht des Waffenstillstandes beruhte auf dem militärischen Kräftegleichgewicht der Parteien. Solange keine eindeutigen Dezentralisierungsangebote der Regierung vorhanden und implementiert waren, konnte die LTTE ohne zusätzliche Sicherheitsgarantien keine Waffen abgeben. Zu oft wurden Zugeständnisse in letzter Minute zurückgenommen, von radikalen Kräften oder der Opposition blockiert. Der zusätzliche Druck auf die Guerilla durch internationale Akteure, vor allem die USA, führte zu einer Vertiefung des Dilemmas: Was moralisch richtig war (die LTTE wegen ihrer Praxis der Rekrutierung von Kindersoldaten und der Eliminierung politischer Gegner zu bannen), wirkte sich auf die Verhandlungen entgegengesetzt aus. Denn die LTTE wertete dies als zusätzliche Bedrohung ihrer Sicherheit, auf die sie mit weiterer Abschottung ihres Territoriums und Militarisierung reagierte. Weitaus erfolgreicher gestaltete sich die unterstützende Strategie Norwegens und der EU zu Beginn der Verhandlungen 2002. Damals existierte eine Variationsbreite an institutionalisierter Ko-

operation (Vermittlung durch Norwegen; internationales unparteiisches Beobachtungsteam; Arbeitsgruppen auf lokaler, mittlerer und nationaler Ebene). Das faktische Machtungleichgewicht, Misstrauen und Angst zwischen Staat und Guerilla konnten durch institutionelle Sicherheitsgarantien zum Teil kompensiert werden. Die erfolgreichen Verhandlungen bis 2003 verdeutlichten auch, dass das Sicherheitsdilemma nicht eskalieren musste und unterschiedliche Auffassungen über die Ausgestaltung von Machtbalancen in gewissen Grenzen verhandelbar waren.

Aufgabe der internationalen Akteure wäre es dementsprechend, neben der LTTE auch die Regierungsseite nachhaltig unter Druck zu setzen. Erst wenn eine föderale Struktur tatsächlich ein- und umgesetzt ist, wird die Demilitarisierung von Guerilla und damit der Beginn eines dauerhaften Friedens möglich.

## Glossar

### *Tamilische Vertreter*

CWC	Ceylon Workers Congress
FP	Federal Party
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam (tamilische Guerilla, militant)
TC	Tamil Congress
TMVP	Tamileela Makkal Viduthalai Puligal (= Tamil People's Freedom Party; Partei des Ostkommandeurs Karuna)
TNA	Tamil National Alliance (tamilische Parteienkoalition, parlamentarisch)
TULF	Tamil United Liberation Front (Zusammenschluss tamilischer Parteien, parlamentarisch)

### *Singhalesische Vertreter*

JVP	Janatha Vimukthi Peramuna (= People's Liberation Front; parlamentarisch singhalesisch radikal bis militant)
JHU	Jathika Hela Urumaya (= National Heritage Party; Partei der Mönche)
PA	People's Alliance (Koalitionsregierung der SLFP)
SLFP	Sri Lanka Freedom Party
UNP	United National Party
UPFA	United Peoples Freedom Alliance (Koalition der SLFP, JVP und weiterer kleiner Partner)

### *Weitere Abkürzungen*

APC	All Party Conference
Co-Chairs	EU, USA, Japan und Norwegen als Vertreter der 58 Geberländer für Sri Lanka
HSZ	High Security Zones
ISGA	Interim Self Governing Authority (Übergangsregierung für den Nord-Osten)
JM	Joint Mechanism (Mechanismus zur Verteilung der Hilfs- und Spendengelder, s.a. P-TOMS)
P-TOMS	Post Tsunami Operation Management Structure
SLMM	Sri Lanka Monitoring Mission (unabhängiges Beobacherteam im Nord-Osten)
UTHR (J):	University Teacher of Human Right (Jaffna) (NGO, Menschenrechtsorganisation)

### Distrikte in Sri Lanka



Quelle: Department for Census and Statistics, Sri Lanka